

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Eckardt Opitz
Die sicherheits- und wehr-
politische Diskussion in den
politischen Parteien 1949-1955

Gerhard Wettig
Die aktuelle
sicherheitspolitische Diskussion

Ernst-Otto Czempiel
Risikofreie Induktion
als Friedensstrategie
Anmerkungen zum Beitrag von
Daniel Frei in B 15-16/83

ISSN 0479-611 X

B 35/83

3. September 1983

Eckardt Opitz, Dr. phil., geb. 1938; Professor für Neuere Geschichte an der Hochschule der Bundeswehr Hamburg; Studium der Geschichte, Philosophie und Literaturwissenschaft in Hamburg und Bonn.

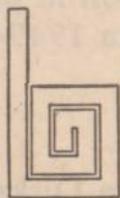
Veröffentlichungen u. a.: Österreich und Brandenburg im Schwed.-Poln. Krieg, 1969; Detlev v. Ahlefeldt als Amtmann von Flensburg, 1976; (mit K.-J. Müller) Militär und Militarismus in der Weimarer Republik, 1978; S. Gorschkow und die sowjetische Flottenpolitik, 1978; Militärgeschichtliche Aspekte des Bauernkrieges, 1981.

Gerhard Wettig, Dr. phil., geb. 1934; Wissenschaftlicher Direktor und stellv. Leiter des Forschungsbereichs Außenpolitik am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.

Veröffentlichungen u. a.: Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943—1955. Internationale Auseinandersetzungen um die Rolle der Deutschen in Europa, München 1967; Politik im Rampenlicht. Aktionsweisen moderner Außenpolitik, Frankfurt (Main) 1967; (zus. mit Ernst Deuerlein, Alexander Fischer und Eberhard Menzel) Potsdam und die deutsche Frage, Köln 1970; Europäische Sicherheit, Düsseldorf 1972; Frieden und Sicherheit in Europa. Probleme der KSZE und der MBFR, Stuttgart 1975; Die Sowjetunion, die DDR und die Deutschland-Frage 1965—1976, Stuttgart 1977²; Der Kampf um die freie Nachricht (in der UNO und auf der KSZE), Zürich 1977; Die sowjetischen Sicherheitsvorstellungen und die Möglichkeiten eines Ost-West-Einvernehmens, Baden-Baden 1981; Das Vier-Mächte-Abkommen in der Bewährungsprobe. Berlin im Spannungsfeld von Ost und West, Berlin (West) 1981; Konflikt und Kooperation zwischen Ost und West. Entspannung in Theorie und Praxis, Bonn 1981; Umstrittene Sicherheit. Friedenswahrung und Rüstungsbegrenzung in Europa, Berlin (West) 1982.

Ernst-Otto Czempel, Dr. phil., geb. 1927; Professor für Auswärtige und Internationale Politik an der Universität Frankfurt; Forschungsgruppenleiter an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt.

Veröffentlichungen u. a.: Amerikanische Außenpolitik. Gesellschaftliche Anforderungen und politische Entscheidungen, Stuttgart 1979; Internationale Politik. Ein Konfliktmodell, Paderborn 1981; (zusammen mit Gert Krell, Harald Müller und Reinhard Rode) United States Interests and Western Europe: Arms Control, Energy, and Trade, Frankfurt 1981; Amerikanische Außenpolitik im Wandel. Von der Entspannungspolitik Nixons zur Konfrontation unter Reagan (Hrsg.), Stuttgart 1982.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

Holger Ehmke, Paul Lang, Dr. Gerd Renken.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 62—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46171, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die sicherheits- und wehrpolitische Diskussion in den politischen Parteien 1949—1955

Einleitung

In der öffentlichen Diskussion über die Realisierung des Nachrüstungsteils im sogenannten NATO-Doppelbeschluß wird häufig eine Parallele zu den Debatten über die Wiederaufrüstung in den frühen fünfziger Jahren beschworen¹⁾. Auch vor 30 Jahren sei die Mehrzahl der Bundesbürger gegen die „Wiederbewaffnung“ gewesen; ein wirksamer Widerstand habe sich aber zu spät formiert.

Es erscheint angebracht, die sicherheitspolitischen Auseinandersetzungen in den Anfangsjahren der Bundesrepublik zu rekapitulieren. Dabei sollen nicht die Aktivitäten der Bundesregierung und ihre politischen Begründungen im Mittelpunkt stehen²⁾; vielmehr sollen einige Aspekte der in den Parteien von 1949 bis 1954/55 geführten Diskussionen und deren sicherheitspolitische Qualität erörtert werden. Es herrscht zwar in der zeitgeschicht-

lichen Forschung Einvernehmen darüber, daß kaum ein anderes politisches Problem während der Anfangsjahre der Bundesrepublik die Öffentlichkeit so sehr beschäftigt habe wie die Wiederbewaffnungsfrage³⁾. Doch bis heute macht es Mühe, Antworten auf die Frage zu finden, wie denn diese Debatte geführt worden ist und wie die politischen Parteien und ihre Unterorganisationen, Arbeitsgruppen etc. Einfluß auf die Entscheidungen im Parlament und in der Regierung genommen haben. Nach wie vor fehlt eine umfassende Untersuchung über die Rolle der öffentlichen Meinung zur Wiederbewaffnungsfrage⁴⁾. Nicht einmal für alle Parteien liegen entsprechende Forschungsergebnisse vor. Der folgende Überblick soll die bisherigen Ergebnisse zeitgeschichtlicher Bemühungen referieren und dabei an einzelnen Stellen einige neue Beobachtungen einflechten.

I. Die Diskussion über Wiederbewaffnung und Westintegration in der CDU/CSU

Die CDU selbst betont in ihren historisch geprägten Selbstdarstellungen, daß ihre „frühen sicherheitspolitischen Ziele (...) als verwirk-

licht angesehen werden können, daß die Konzeption Adenauers „aufgegangen“ sei. Ganz selbstverständlich „steht Adenauer für CDU“⁵⁾. Daß dieses Urteil gerade mit Blick auf die Sicherheitspolitik den Realitäten entsprach, hat Arnulf Baring eindrucksvoll ge-

¹⁾ So z. B. A. Klönne, *Neue Friedensbewegung — neue Jugendbewegung?*, in: Reiner Steinweg (Red.), *Die neue Friedensbewegung. Analysen aus der Friedensforschung*, Frankfurt a. M. 1982, S. 173f. — Dagegen P. Graf Kielmansegg, *Friedensbewegung in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland*, in: H. J. Veen (Hrsg.), *Forschungsbericht 23 der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin* 1983, S. 58.

²⁾ Zum Gesamtkomplex Wiederbewaffnung in Deutschland 1949—1955 liegen zahlreiche Darstellungen vor, u. a.: G. Wettig, *Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943—1955. Internationale Auseinandersetzung um die Rolle der Deutschen in Europa*, München 1967; A. Baring, *Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft*, München 1969; K. v. Schubert, *Wiederbewaffnung und Westintegration. Die innere Auseinandersetzung um die militärische und außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik 1950—1952*, Stuttgart 1972²; E. Nolte, *Deutschland und der*

Kalte Krieg, München 1974; *Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), Aspekte der deutschen Wiederbewaffnung bis 1955*, Boppard a. Rh. 1975; *dass. (Hrsg.), Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945—1956*, (bisher nur) Bd. 1, München 1982.

³⁾ Vgl. K. v. Schubert, a. a. O. (Anm. 2), S. 7.

⁴⁾ Auf dieses Desiderat machte H.-A. Jacobsen bereits 1974/75 aufmerksam: *Zur Rolle der öffentlichen Meinung bei der Debatte um die Wiederbewaffnung 1950—1955*, in: *Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), Aspekte ...* (Anm. 2), S. 61.

⁵⁾ H.-J. Kaack, *Sicherheitspolitik*, in: *Christliche Demokratie in Deutschland. Analysen und Dokumente zur Geschichte und Programmatik der Christlich Demokratischen Union und der Jungen Union Deutschlands* (= *Handbücher der Politischen Akademie Eichholz*, Bd. 7), Sankt Augustin 1978, S. 101 u. 104 (zit.: *Christl. Demokratie*).

schildert⁶⁾. Konrad Adenauer besaß bereits ein Jahr nach Übernahme der Kanzlerschaft in seiner Partei (und darüber hinaus) eine nahezu unangegriffene Autorität in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, zu einer Zeit also, da bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, Hessen, Württemberg-Baden und Bayern die CDU bzw. CSU erhebliche Verluste hinnehmen mußte, die in der Presse überwiegend als Beweis für die ablehnende Haltung der Bevölkerung in der Wiederbewaffnungsfrage interpretiert wurden⁷⁾. Dagegen stehen allerdings Meinungsumfragen, die ein deutliches Ansteigen der Befürworter einer Europa-Armee mit deutscher Beteiligung nach Ausbruch des Korea-Krieges im Juni 1950 (auf 40%) ergaben. Der Trend zur Ablehnung einer Aufrüstung überwog zwar, doch zeigen die vorgebrachten Argumente, daß hinter der Ablehnung kaum politisch-moralischer Rigorismus stand: Am häufigsten wurde genannt, daß an eine Aufrüstung nicht zu denken sei, solange der deutsche Soldat noch als Kriegsverbrecher angesehen werde, kein Friedensvertrag unterzeichnet und Deutschland noch geteilt sei.

Bis zum Ausbruch des Korea-Krieges waren die von alliierter Seite und in verschiedenen Interviews des Bundeskanzlers vorgetragenen Argumente für eine Verstärkung des militärischen Schutzes für die Bundesrepublik und in diesem Zusammenhang auch Hinweise auf eine eventuelle Heranziehung deutscher Kontingente mehr auf Desinteresse denn auf empörte Ablehnung gestoßen. Die Gegensätzlichkeit in der Deutschlandpolitik der westlichen Siegermächte, die seit 1948 immer deutlicher wurde, hatte nicht unwesentlich zur „Ohne-uns-Haltung“ der Bundesbürger beigetragen. Wie konnte Einsicht in die Notwendigkeit einer deutschen Beteiligung an den Maßnahmen zur militärischen Stärkung Westeuropas geweckt werden, wenn am selben Tag (16. 12. 1949) ein Gesetz der Alliierten Hohen Kommission zur Verhütung des Militarismus in Deutschland, das jeglichen Waffenbesitz verbot, verkündigt wurde, sich in der ersten sicherheitspolitischen Debatte des Bundestages alle Parteien gegen eine Wiederaufrüstung aussprachen und die „New York Times“ Überlegungen amerikanischer Stabsoffiziere veröffentlichte, in denen die Aufstellung von 5 Divisionen zur Verteidigung Westeuropas befürwortet wurde⁸⁾.

⁶⁾ Baring, a. a. O. (Anm. 2).

⁷⁾ H.-A. Jacobsen, a. a. O. (Anm. 4), S. 63 ff.

⁸⁾ K. v. Schubert, a. a. O. (Anm. 2), S. 20.

Die Bundesregierung hatte sich bemüht, schon 1949 ein Ende der Demontagen (im Rahmen der deutschen Entmilitarisierung) aus wirtschaftlichen Gründen herbeizuführen. Adenauers Vorstoß beim Britischen Hochkommissar, General Robertson, war aber ohne Erfolg. Im Protokoll der Kabinettsitzung vom 2. November 1949 heißt es lapidar: „Robertson hat erklärt: Demontage ist Frage des Sicherheitsbedürfnisses. Alle wirtschaftlichen Argumente greifen daher nicht durch.“⁹⁾ Die in sich widersprüchliche Deutschlandpolitik — Orientierung an den Beschlüssen von Potsdam einerseits und Durchsetzung neuer strategischer Konzeptionen der USA andererseits — setzte sich bis Ende 1950 fort, so daß sich die alte Politik der Entmilitarisierung und die neue der Wiederbewaffnung überkreuzten¹⁰⁾.

Der Bundeskanzler hatte in dieser schwierigen Phase, in der eine eigene Außenpolitik der Bundesrepublik gar nicht vorgesehen war (Besatzungsstatut), kaum Rücksicht auf seine Partei zu nehmen. Über seine Verhandlungen mit den Hohen Kommissaren und über diese mit den Westmächten informierte er kaum sein Kabinett, geschweige denn die Fraktion der CDU oder gar die Gremien der Partei. Da die CDU als Bundespartei erst im Oktober 1950 gegründet wurde, konnte in der ersten Phase von einem Einfluß der Partei auf Bundesangelegenheiten, besonders auf außen- und sicherheitspolitische Fragen, nicht die Rede sein. Hier waren Konrad Adenauer und die CDU in der Tat identisch. Und doch gab es auch in den einzelnen Landesverbänden abweichende Positionen, die dann von CDU-Spitzenpolitikern in der Bundestagsfraktion oder auch im Kabinett repräsentiert wurden. Hier gilt es vor allem drei Beispiele anzuführen.

Jakob Kaiser, der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, hat am klarsten und grundsätzlichsten die Zielkonflikte zwischen der Adenauerschen Westintegrationspolitik und der u. a. in der Regierungserklärung proklamierten Priorität der Wiedervereinigung artikuliert. Er blieb zwei Legislaturperioden lang bei seiner skeptischen Haltung, beugte sich aber nach Ausbruch des Korea-Krieges den Entscheidungen Adenauers¹¹⁾. Kaisers Auffassungen, die sich zeitweilig von denen der

⁹⁾ Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. I, 1949, bearb. v. U. Enders u. a., Boppard a. Rh. 1982, S. 165.

¹⁰⁾ K. v. Schubert, a. a. O. (Anm. 2), S. 21.

¹¹⁾ E. Kosthorst, Jakob Kaiser, Bd. 4: Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen 1949—1957, Stutt-

SPD kaum unterscheiden ließen, wurden von vielen CDU-Mitgliedern geteilt.

Nach dem 26. Juni 1950 forcierte Konrad Adenauer seine Bemühungen, eine Entscheidung der Alliierten in der Frage der Wiederbewaffnung herbeizuführen. Die New Yorker Außenministerkonferenz im September sollte zum entscheidenden Forum werden¹²⁾. Deshalb wurde Adenauer nicht müde, auf die militärische Gefährdung der Bundesrepublik hinzuweisen. Auch in diesem Zusammenhang ist eine abweichende Beurteilung in der CDU-Fraktion festzustellen. Am 22. August 1950 legte Heinrich v. Brentano, der Fraktionsvorsitzende, seine Beurteilung der sicherheitspolitischen Lage in einem Brief an den Bundeskanzler dar. Darin hob er folgende Punkte besonders hervor, die auch mit Blick auf die Haltung der Opposition von Interesse sind:

— Solange die westlichen Alliierten mit ihren Truppen in der Bundesrepublik präsent seien, sei auch ein Angriff der Volkspolizei auf das Territorium Westdeutschlands nicht zu befürchten.

— Die Errichtung einer westdeutschen „Polizeimacht“ als Gegenpol zur ostdeutschen Volkspolizei würde in der Bevölkerung auf schwersten Widerstand stoßen, „denn man würde darin die Vorbereitung auf einen möglichen Bürgerkrieg sehen“.

— Vor allem aber seien die Reaktionen der westlichen Nachbarn, besonders Frankreichs, zu fürchten. Der Widerstand gegen eine Bewaffnung (West-)Deutschlands sei so groß, daß negative Rückwirkungen auf die Westintegration unausbleiblich seien. Ein Beitrag zur Verteidigung Europas sei nur im „Rahmen einer europäischen Armee und unter bewußtem Verzicht auf jede nationale deutsche Wehrmacht“ zu erwägen.

— Man müsse alles unterlassen, was die westlichen Alliierten von ihrer Verpflichtung, die Sicherheit Deutschlands gegen jeden Angriff zu schützen, entbinden könnte.

— Schließlich warnte Brentano davor, daß unvorsichtige Äußerungen der Regierung dazu beitragen könnten, daß reaktionäre Kräfte Morgenluft wittern und hoffen könnten, „wieder in den Sattel steigen zu können“¹³⁾.

gart 1972, S. 141 ff. Vgl. auch G. Mai, Westliche Sicherheitspolitik im Kalten Krieg. Der Korea-Krieg und die deutsche Wiederbewaffnung 1950, S. 132.

¹²⁾ Ebd., S. 119 ff.

¹³⁾ A. Baring, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949—1964, Hamburg 1974, S. 52.

Brentano führte hier Argumente an, die sonst vor allem von Politikern der SPD geäußert wurden. Er machte aber deutlich, daß auch innerhalb der CDU alternative Konzeptionen diskutiert wurden. Brentano erwog sogar, sein Amt niederzulegen, weil er in den zentralen politischen Fragen keine klare, entschlossene und einheitliche Linie zu erkennen vermochte¹⁴⁾. Daß sich in der Fraktion sogar eine Art „Fronde“ gegen den Regierungschef (unter der Führung von F. J. Strauß) gebildet habe, wie Adenauers Erster Sicherheitsbeauftragter, Gerhard Graf v. Schwerin, behauptet hat, darf allerdings bezweifelt werden¹⁵⁾.

Am konsequentesten opponierte Innenminister Gustav Heinemann gegen die Wiederbewaffnungspolitik und den Regierungsstil Adenauers. Er trat als Bundesminister zurück und versuchte, durch verschiedene Aktionen in der Öffentlichkeit bis hin zur Gründung einer eigenen Partei (Gesamtdeutsche Volkspartei) einen Kurswechsel in der westdeutschen Außen- und Sicherheitspolitik herbeizuführen¹⁶⁾. Adenauer hatte Heinemann nicht zuletzt deshalb in sein Kabinett berufen, weil ihm als Präses der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) eine große Bedeutung für die Integration der evangelischen Christen in die CDU zukam. Die Opposition gegen die Wiederbewaffnungspolitik Adenauers aus den Reihen der evangelischen Kirche, am rigorosesten von Kirchenpräsident Martin Niemöller vorgebracht und theologisch mitgetragen von dem in der Schweiz lehrenden Karl Barth¹⁷⁾, gewann durch die Kabinettskrise noch an Aufmerksamkeit im In- und Ausland. Adenauer mußte befürchten, daß sich die Opposition aus den Reihen des Protestantismus auch auf den Gründungsparteitag der Bundes-CDU (20./22. Oktober 1950) in Goslar negativ auswirken würde. Aber letztlich kamen sowohl Heinemann als auch vor allem Niemöller dem Bundeskanzler zu Hilfe: Heinemann, indem er dem Parteitag fernblieb, anstatt seine Haltung dort offensiv vorzutragen und möglicherweise Bundesgenossen zu gewinnen, und Niemöller, indem er seine Attacken gegen Adenauer maßlos übersteigerte

¹⁴⁾ Ebd., S. 65.

¹⁵⁾ G. Graf v. Schwerin, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), Aspekte ... (Anm. 2), S. 111; G. Mai, a. a. O. (Anm. 11), S. 129.

¹⁶⁾ Am gründlichsten untersucht von D. Koch, Heinemann und die Deutschlandfrage, München 1972.

¹⁷⁾ Die wichtigsten Texte sind sorgfältig ediert bei W. W. Rausch/C. Walther (Hrsg.), Evangelische Kirche in Deutschland und die Wiederaufrüstungsdiskussion in der Bundesrepublik 1950—1955, Gütersloh 1978.

und u. a. ankündigte, daß sich „evangelische Christen jeder Remilitarisierung praktisch widersetzen“ würden¹⁸⁾.

Adenauer wurde es jetzt leichtgemacht, selbst zur Offensive überzugehen, wobei er sich in seiner Rede in Goslar darauf konzentrierte, als einzige Alternative zur Westintegration den Untergang der Freiheit in der Bundesrepublik zu beschwören. Der Sache der Freiheit und dem deutschen Volk seien durch Niemöllers Attacken großer Schaden erwachsen. Von eigenmächtigen Schritten der Regierung zur Remilitarisierung könne nicht die Rede sein. Vielmehr werde der Bundestag über alle Schritte zu befinden haben. Adenauers Rede wurde mit Begeisterung aufgenommen¹⁹⁾. Von einer Kritik aus dem protestantischen Lager an der Außenpolitik des Bundeskanzlers konnte nicht mehr die Rede sein. Im Gegenteil: „Die augenfälligste und bedeutsamste Ernte der Goslarer Tage ist, daß die evangelischen Delegierten aus ihrer von Heinemann und Niemöller in absentia erzwungenen Konklave mit einem klaren Bekenntnis zur Politik des Kanzlers und zur Idee der Union zurückkehrten.“²⁰⁾

Mit der Entschließung des evangelischen Arbeitskreises der CDU für die Politik Adenauers, für die sich besonders Hermann Ehlers eingesetzt hatte, war eine wichtige potentielle Oppositionsquelle zum Versiegen gebracht worden. Der Parteitag hatte der Übernahme von Verteidigungslasten ausdrücklich zugestimmt.

Obleich seit dem Goslarer Parteitag eine Bundes-CDU bestand, blieb die Bundestagsfraktion die gewichtigste Institution in der Parteihierarchie, nicht zuletzt, weil der größte Teil der Parteiführungsorgane der Fraktion angehörte²¹⁾. Am weitgehend förderalistischen Charakter der CDU änderte sich auch in den kommenden Jahren wenig. Die Bundesspitze blieb verhältnismäßig schwach und war kaum geeignet, die Entscheidungen der Regierung und der Fraktion einer Kritik oder Kontrolle zu unterwerfen.

¹⁸⁾ Ebd., S. 51.

¹⁹⁾ Vgl. den Bericht bei G. Pridham, *Christian Democracy in Western Germany. The CDU/CSU in Government and Opposition 1945—1976*, London 1977, S. 65f.

²⁰⁾ Rheinischer Merkur, Nr. 44, vom 28. 10. 1950, zit. nach P. Egen, *Die Entstehung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU*, *Rev. Soc. Diss*, Bochum 1971, S. 72.

²¹⁾ G. Pridham, a. a. O. (Anm. 19), S. 69.

Fast gleichzeitig mit dem Parteitag in Goslar begann die Diskussion um eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft konkretere Formen anzunehmen. Die Ernennung Theodor Blanks zum „Beauftragten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen“ und die Schaffung des sogenannten Amtes Blank (dem Bundeskanzler unterstellt) signalisierten den Beginn einer neuen Phase in der Wiederbewaffnungsdebatte. Der Bundeskanzler verfügte jetzt über einen Apparat, durch den die EVG-Verhandlungen gesteuert werden konnten, der sich aber auch für begrenzte propagandistische Aktivitäten eignete. Damit begann auch die von Heinrich v. Brentano so sehr beklagte „Geheimpolitik der Bürokratie“²²⁾. Eine Kontrolle der von Adenauer und seinen Beauftragten geführten Verhandlungen auf dem Petersberg und in Paris war nicht einmal dem Fraktionsvorsitzenden möglich, geschweige denn den Organen der Partei. Zwar wurde während der Jahre 1951 bis 1954 auch aus Unionskreisen immer wieder die Sorge geäußert, daß die EVG-Politik negative Auswirkungen auf die Wiedervereinigung haben könnte, doch hat sich darum nie ein eigentlicher Widerstand gegen den Kanzlerkurs ergeben. Zu Konflikten kam es nur in prozeduraler Hinsicht²³⁾.

Bis 1952 legte Adenauer keinen Wert auf die Unterstützung der Öffentlichkeit für seine Politik. Deshalb brauchte er auch nicht den Rückhalt durch die Partei. Sein Amt als Parteivorsitzender konnte er stets als Anhängsel begreifen. Dies änderte sich erst, als es darum ging, der erfolgreichen Mobilisation der öffentlichen Meinung gegen die Wiederbewaffnungspolitik, die von der SPD, den Gewerkschaften und zahlreichen Organisationen betrieben wurde, zu begegnen. Hier nun zeigte sich, daß die Bundes-CDU nicht über geeignete Instrumente verfügte, um in der Bevölkerung für die Westintegration und die EVG-Politik der Regierung zu werben. Jetzt mußte der Kanzler persönlich an die Landesverbände appellieren, stärker als zuvor auf der untersten Ebene die Ziele der Bundesregierung zu erläutern und darauf hinzuweisen, daß es keine vernünftige Alternative zum eingeschlagenen Kurs gebe, daß die Politik der SPD auf gefährlichen Illusionen beruhe²⁴⁾. Auch diesmal gelang es dem Bundeskanzler, die Partei in seinem Sinne zu beeinflussen.

²²⁾ A. Baring, a. a. O. (Anm. 13), S. 100.

²³⁾ G. Pridham, a. a. O. (Anm. 19), S. 75f.

²⁴⁾ Ebd., S. 86.

Die Rolle der Jungen Union (JU) ist bisher nicht Gegenstand einer wissenschaftlichen Untersuchung gewesen. Aus ihren Selbstdarstellungen wird aber erkennbar, daß die Frage der Wiederbewaffnung sehr kontrovers behandelt worden sein muß. Wie bei den Jugendorganisationen der anderen Parteien auch war die Mehrzahl der führenden JU-Mitglieder Kriegsteilnehmer und tendierte deshalb dazu, die Wiederbewaffnung abzulehnen. Dies wurde beim Deutschlandtag der JU in Bonn (September, 1951) überdeutlich. „Nur durch den engagierten Einsatz von Konrad Adenauer und Kurt-Georg Kiesinger“ konnte ein ablehnendes Votum der JU verhindert werden²⁵⁾.

Der Appell Adenauers an die JU, die Regierungspolitik zu unterstützen, war offenbar erfolgreich. Auf dem Hamburger Parteitag (18./23. April 1953) konnte der Bundesvorsitzende, Ernst Majonica, mit Stolz darauf hinweisen, daß sich die Junge Union maßgeblich dafür eingesetzt habe, „im deutschen Volk das Bewußtsein der geschichtlichen Notwendigkeit der Verteidigung zu wecken“. Daraus könne die JU aber auch das Recht ableiten, Einfluß zu nehmen auf die Gestaltung der künftigen Streitkräfte; es gelte, sich von den „ewig Gestrigen“ und deren Auffassung vom deutschen Soldatentum zu distanzieren²⁶⁾.

Der Hamburger Parteitag, der ja mit Blick auf die Bundestagswahl am 6. September 1953 stattfand, brachte den bisher breitesten Konsens in der sicherheitspolitischen Diskussion. Indem Hermann Ehlers, Bundestagspräsident

und Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises, den frühen Zeitpunkt einer Wiederbewaffnung zwar bedauerte, aber zugleich die Notwendigkeit einer auch militärischen Westintegration zur gemeinsamen europäischen Friedenssicherung betonte, setzte er einen endgültigen Schlußstrich unter die latente Widerstandshaltung gegenüber der EVG-Politik des Bundeskanzlers. Die Partei beschloß mit dem „Hamburger Programm“ auch die Aufnahme des Bereiches Sicherheitspolitik in ihre programmatischen Aussagen, indem sie sich ausdrücklich zur EVG und damit zur Wiederbewaffnung bekannte.

Im Erfolg der CDU/CSU bei der Bundestagswahl 1953 muß auch ein erhebliches Maß an Zustimmung zur Außen- und Sicherheitspolitik Adenauers gesehen werden, so daß der Vorwurf vieler Wiederbewaffnungsgegner, die Regierung habe den westdeutschen Sicherheitsbeitrag gegen die öffentliche Meinung durchgesetzt, kaum haltbar sein dürfte.

Das Scheitern der EVG in der französischen Nationalversammlung (30. August 1954) war für weite Kreise der CDU, die in der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft den entscheidenden Schritt zur europäischen Einigung gesehen hatten und die in nationalen deutschen Streitkräften ein größeres Hindernis für die Wiedervereinigung sahen, eine herbe Enttäuschung. Aber die NATO-Mitgliedschaft und die Erlangung der Souveränität wurden als Entschädigung durchweg akzeptiert.

II. Die Betonung der „Wehrpolitik“ bei den Freien Demokraten

Die Freie Demokratische Partei (FDP) unterschied sich in ihrer Haltung zur Wiederbewaffnung von Anfang an von den meisten anderen Parteien. Aus der liberalen Tradition heraus betonten Vertreter der FDP bereits im Parlamentarischen Rat, daß Demokratie und Wehrhaftigkeit nicht zu trennen seien, oder — wie Theodor Heuss es ausdrückte — „die

allgemeine Wehrpflicht das legitime Kind der Demokratie“ sei. Deshalb müsse dringend davon abgeraten werden, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung als Grundrecht zu begreifen. Daß Theodor Heuss sich mit seiner Auffassung nicht durchsetzen konnte, hat er als „erschütternde parlamentarische Niederlage“ empfunden²⁷⁾. Mit dieser Grundüberzeugung vertrat er es sich nicht, der politischen und sozialen Diffamierung der ehemaligen Soldaten tatenlos zuzusehen. Dabei ging die FDP einen doppelten Weg: Innenpolitisch trat sie für die

²⁵⁾ W. Schönbohm, Zur politischen und programmatischen Entwicklung der Jungen Union Deutschlands, in: Christl. Demokratie (Anm. 5), S. 584.

²⁶⁾ Bundesgeschäftsstelle der CDU (Hrsg.), Deutschland, sozialer Rechtsstaat im geeinten Europa (= Protokoll des 4. Bundesparteitags 18.—22. April 1953 in Hamburg), Hamburg u. Bonn o. J., S. 89.

²⁷⁾ D. Wagner, FDP und Wiederbewaffnung. Die wehrpolitische Orientierung der Liberalen in der Bundesrepublik Deutschland 1949—1955, Boppard a. Rh. 1978, S. 74f.

soziale Sicherung und Rehabilitation ehemaliger Soldaten ein, außenpolitisch versuchte sie, die Bedingungen des Besatzungsstatuts zu lockern und die Kluft zwischen Siegern und Besiegten zu überwinden. Ein deutscher Militarismus existiere nicht mehr. Ehemalige Soldaten müßten ohne Einschränkung zum Aufbau des neuen Staates herangezogen werden. Mit derartigen Forderungen, seit 1948 erhoben, zog die FDP zahlreiche „Betroffene“ an. In ihren Reihen war also „militärischer Sachverstand“ in besonderem Maße vorhanden.

Neben einer angemessenen Versorgung ehemaliger Soldaten sowie deren Angehörigen waren die Kriegsgefangenenfrage und das Problem der Kriegsverbrecher Schwerpunkte der politischen Arbeit. Hierbei ergaben sich naturgemäß enge Verbindungen zu den Soldatenverbänden, die von den anderen Parteien zunächst eher gemieden und erst zu Bündnispartnern, vor allem der CDU/CSU, wurden, als die Vorbereitung für die Aufstellung deutscher Kontingente im EVG-Rahmen begann. Die Propagierung der Wehrhaftigkeit erfolgte seitens der Wehrexperthen der Partei oft in Formen und in einer Sprache, die sich von der extremen Rechten kaum unterschied. Am bekanntesten wurden die Auftritte des Generals a. D. Hasso von Manteuffel, der 1952 den Vorsitz des Sicherheitsausschusses der Bundespartei übernahm und nach 1953 als Bundestagsabgeordneter wichtiger wehrpolitischer Sprecher war. Der national-liberale Kurs der FDP in der Wehrfrage wurde vor allem getragen durch führende Politiker des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen: wie Franz Blücher, der dem Bundeskabinett als Vizekanzler angehörte, und die ehemaligen Generale K. Brennecke, H. Lanz, H. v. Manteuffel, sowie Erich Mende, der als „Vertreter der jüngeren Generation“, gefördert von den Jungdemokraten, bereits 1949 als eines der jüngsten Mitglieder und zugleich als erster ehemaliger aktiver Offizier ein Bundestagsmandat erlangte²⁸⁾.

Die FDP verfügte bereits 1952 über ein gut gegliedertes Netz von Organisationen für die wehrpolitische Debatte. An der Spitze stand der „Ausschuß für Sicherheitsfragen“, der sich mit Problemen der äußeren und inneren Sicherheit zu befassen hatte: EVG-Vertrag, Wehrpolitik, Wehrpflicht, Wehersatz, Inneres Gefüge des künftigen deutschen Kontingents, Wehrstrafrecht, Wehrwirtschaft sowie

Bundesgrenzschutz, Bereitschaftspolizei und Technisches Hilfswerk.

Bei aller grundsätzlichen Befürwortung der Adenauerschen Sicherheitspolitik machte die FDP ihre endgültige Zustimmung von der Voraussetzung abhängig, daß die politische und militärische Gleichstellung der Bundesrepublik mit den anderen Mitgliedern der EVG gesichert sei und daß die Restriktionen des Besatzungsstatuts abgebaut würden. Nur so sei es möglich, einen Zusammenschluß der europäischen Völker herbeizuführen und einen „Wall gegen die Flut des anstürmenden Bolschewismus“ zu bilden²⁹⁾.

Nachdem die Verhandlungen über die EVG begonnen hatten, drängten besonders Politiker der FDP auf eine rasche Verwirklichung. In den sich hinschleppenden Pariser Verhandlungen sahen sie eine Gefahr, weil sich darin Schwäche offenbare. Den Krieg könne man nur vermeiden, wenn man „einen ungeheuren Beweis der Geschlossenheit des Willens und Einigkeit seiner Stärke“ zeige³⁰⁾.

Die Frage nach dem „Ob“ im Zusammenhang mit der Wiederbewaffnung stellte sich für die Liberalen nur ausnahmsweise; von Anfang an beschäftigten sie sich mit dem „Wie“. Zu den wenigen Ausnahmen gehörten Reinhold Maier, der Ministerpräsident von Württemberg-Baden (mit einer Koalitionsregierung aus FDP, SPD und BHE), und der Abgeordnete Karl Georg Pfeleiderer. Maier bezweifelte, daß die deutsche Beteiligung an der EVG zu einer Gleichberechtigung und zur Souveränität führen würde; die Adenauersche Politik der Stärke stelle vielmehr eine Provokation der Sowjetunion gegenüber dar. Maier lehnte die Wiederaufrüstung und die Pariser Verträge ab. Als er den Versuch unternahm, das Vertragswerk im Bundesrat scheitern zu lassen, wurde er von seiner Partei unter Druck gesetzt (ihm drohte sogar der Parteiausschluß), bis er am Ende nachgab.

Als noch größerer Außenseiter erwies sich Karl Georg Pfeleiderer, der die Stalin-Note vom 10. März 1952 aufgriff und einen eigenen Plan zur Überwindung der deutschen Teilung, bei Verzicht auf eine Westintegration, entwickelte. Pfeleiderer distanzierte sich zwar von den Neutralisten, sah aber wie diese ein Deutsches Reich als Brücke zwischen West und Ost. Seine Vorschläge stießen auf Ablehnung; nicht nur seine eigene Partei, sondern

²⁸⁾ Ebd., S. 50f.

²⁹⁾ Ebd., S. 39 u. 156.

³⁰⁾ Franz Blücher am 13. 2. 1951, zit. nach D. Wagner, a. a. O. (Anm. 27), S. 157.

auch CDU und SPD lehnten sie ab. Auch mit dem Konzept eines blockfreien „Kleineuropa“ blieb Pfeleiderer allein.

Die FDP verfolgte von allen Parteien den konsequentesten wehrpolitischen Kurs. Dieser wurde auch getragen von den Jungdemokraten und dem Liberalen Studentenbund (LSD). Der LSD beschäftigte sich bereits 1952 mit Fragen der künftigen Wehrverfassung und veröffentlichte seine Forderungen³¹⁾. Die Vorstellungen und Postulate der liberalen Studenten deckten sich zumeist mit dem, was von der Dienststelle Blank bereits als reformiertes „Inneres Gefüge“ zur Diskussion gestellt worden war, gepaart mit altliberalen Vorstellungen vom „Bürgersoldaten“. Die politische Bedeutung der LSD-Forderungen ist deshalb nicht so sehr in ihrem Inhalt selbst zu sehen als vielmehr in der Tatsache, daß hier das „Wie“ der künftigen Streitkräfte das „Ob“

eines deutschen Wehrbeitrags determinierte³²⁾.

Dietrich Wagner kommt in seiner Untersuchung über die wehrpolitische Orientierung der FDP von 1949 bis 1955 zu folgendem sehr kritischen Ergebnis (dem hier nur zugestimmt werden kann): Trotz der zahlreichen eigenständigen Forderungen und Aktivitäten habe die FDP „nur geringen Einfluß auf die Entscheidungen der westdeutschen Sicherheitspolitik“ gehabt. Da sie vom Bundeskanzler zumeist vor vollendete Tatsachen gestellt worden sei, habe sie nur die Möglichkeit gehabt, Ansprüche anzumelden, im übrigen aber der vorgegebenen Grundsatzpolitik zuzustimmen. Dies habe dazu geführt, daß sich die FDP auf eher taktische Maßnahmen in der Wehrpolitik konzentriert habe, „die aber sachlich ohne große Auswirkungen blieben und ein eigenständiges gesamtpolitisches Konzept vermissen ließen“³³⁾.

III. Die kleineren Parteien

1. Die Deutsche Partei (DP)

Die Deutsche Partei, für zwei Legislaturperioden Koalitionspartner in der Regierung Adenauer, hatte noch weniger Einfluß auf den sicherheitspolitischen Kurs des Bundeskanzlers als die FDP. Sie verstand sich als national-konservativ und wollte ein Sammelbeken für die Demokraten auf dem äußersten rechten Flügel sein. Daraus ergab sich das uneingeschränkte Eintreten für die diskriminierten ehemaligen Soldaten (auch die der Waffen-SS), die durch die Entnazifizierungsverfahren Betroffenen und die Kriegsverbrecher. In der Außen- und Sicherheitspolitik (nicht in der „Wehrpolitik“) stand sie vorbehaltlos hinter der Politik des Bundeskanzlers; auf eigene Initiativen verzichtete sie völlig³⁴⁾. Sie trat konsequent für die Westorientierung und für die deutsche Mitgliedschaft in der EVG ein, sofern Gleichberechtigung und ein

volles Mitspracherecht der Bundesrepublik gewährleistet seien³⁵⁾.

Im Wahlkampf 1953 vertrat die DP den Standpunkt, „daß kein deutscher Soldat eine neue Uniform anziehen darf, bevor nicht der letzte Kriegsverurteilte, auf dessen Verurteilung auch nur ein Schein des Unrechts fällt, sich in Freiheit befindet“. Der Fahne Schwarz-Weiß-Rot, „die vielen Deutschen teuer ist“, müsse wieder Achtung entgegengebracht werden³⁶⁾.

Bei der DP wurde der Feldzug gegen die „pauschale Diffamierung“ ehemaliger Soldaten und Nationalsozialisten zu einem Feldzug für die „pauschale Rehabilitierung“³⁷⁾, der in seiner nationalistischen Überspanntheit nur von den Parolen der radikalen Rechtsparteien überboten wurde. Die Rechtsradikalen — DRP und SRP³⁸⁾ — konnten bei Wahlen

³⁵⁾ W. Lederer, Die Einflußnahme der kleineren Koalitionsparteien auf die Regierungspolitik des Bundeskanzlers in den Jahren 1949—1957, Jur. Diss. Kiel 1967, S. 65.

³⁶⁾ H. Meyn, a. a. O. (Anm. 34), S. 41 f.

³⁷⁾ H.-A. Jacobsen, a. a. O. (Anm. 4), S. 71.

³⁸⁾ Auf diese soll hier nicht näher eingegangen werden. Ihre Haltung zur Wiederbewaffnung und zur Westintegration ist gründlich abgehandelt in den Beiträgen von H.-H. Knütter, „Nein — aber ...“ zur Wiederbewaffnung, und P. Graf Kielmannsegg, Vom Nationalneutralismus zum Konzept des „blockfreien“ Europas, in: C.-H. Schweitzer (Hrsg.),

³¹⁾ Bürger — Armee — Staat. Forderungen des Liberalen Studentenbundes zu einer künftigen Wehrverfassung (= Schriftenreihe des Liberalen Studentenbundes Deutschlands, Heft 1), Bonn 1952.

³²⁾ D. Genschel, Wehrreform und Reaktion. Die Vorbereitung der Inneren Führung 1951—1956, Hamburg 1972, S. 170 f.

³³⁾ D. Wagner, a. a. O. (Anm. 27), S. 168 f.

³⁴⁾ H. Meyn, Die Deutsche Partei. Entwicklung und Problematik einer national-konservativen Rechtspartei nach 1945, Düsseldorf 1965, S. 25.

regional überraschende Erfolge erringen (Bremen und Niedersachsen). Ihrem Programm, als „nationale Opposition“ aufzutreten und die Reichseinheit und die Unabhängigkeit Deutschlands von den Besatzungsmächten zu fordern und damit die Westintegrationspolitik der Bundesregierung radikal abzulehnen³⁹⁾, kommt insofern eine gewisse Bedeutung zu, als sich aus ihm ein negativer Effekt für andere — originär demokratische — Parteien ergibt: Ein Bekenntnis zum Neutralismus brachte ungewünschte Bundesgenossen, deren Negativ-Image sich nachteilig auf die eigenen Aktivitäten auswirkte. Die gleiche Beobachtung kann im Zusammenhang mit der KPD gemacht werden.

2. Der „Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE)

Der BHE, der sich nach großen Erfolgen bei Landtagswahlen 1952 auf Bundesebene organisierte und bei den Bundestagswahlen 1953 5,9 % der Stimmen gewann, hatte sich, als er Koalitionspartner im zweiten Kabinett Adenauer wurde, bereits überlebt. Ihm gelang es nicht, aus der Rolle der reinen Interessenspartei herauszukommen, so daß ein nennenswerter Einfluß auf die Regierungspolitik ausbleiben mußte⁴⁰⁾. Auch der BHE machte seine Zustimmung zur Wiederbewaffnung von verschiedenen Voraussetzungen abhängig; so wurde verlangt, daß die „soziale Befriedigung“ (worunter vor allem die volle wirtschaftliche und soziale Eingliederung der Vertriebenen zu verstehen war) Vorrang vor den Kosten für die Bewaffnung haben und daß die Anerkennung des „Rechts auf Heimat“ auch im Rahmen der Verträge mit den Westmächten einen Niederschlag finden müsse. Der Sinn eines Verteidigungsbeitrags der Bundesrepublik könne nur dann begreifbar gemacht werden, wenn die Zusage gegeben sei, daß der „deutsche Anspruch auf die angestammte Heimat der Vertriebenen“ bei der „künftigen Neuordnung der europäischen Verhältnisse“ berücksichtigt werde⁴¹⁾. Auch in den Reihen des BHE gab es Kräfte, die sich mit ihren radi-

Eiserne Illusionen. Wehr- und Bündnisfragen in den Vorstellungen der extremen Rechten nach 1945, Köln 1969.

³⁹⁾ Vgl. H. Kaack, *Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems*, Opladen 1971, S. 208.

⁴⁰⁾ Ebd., S. 207; W. Lederer, a. a. O. (Anm. 35), S. 195f.

⁴¹⁾ F. Neumann, *Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950—1960*. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur einer politischen Interessenspartei, Meisenheim a. Gl. 1968, S. 85.

kalen Forderungen, wie jener, daß die deutschen Truppen „für die deutsche Politik einsetzbar“ sein müßten, in enger Nachbarschaft zur extremen Rechten befanden. Andere sympathisierten mit neutralistischen Tendenzen⁴²⁾.

3. Die Gesamtdeutsche Volkspartei (GDP)

Die eigentliche politische Heimat der Neutralisten sollte die GDP sein, die im November 1952 gegründet wurde, nachdem die Bemühungen Gustav Heinemanns, Helene Wessels u. a., aus einer überparteilichen Sammlungsbewegung, der „Notgemeinschaft für den Frieden Europas“, heraus eine wirkungsvolle Opposition gegen den Wiederbewaffnungskurs der Regierung zu organisieren, gescheitert waren. Das außenpolitische Programm der Partei, das als Abschluß der Entwicklung neutralistischer Theorien gelten kann⁴³⁾, zielte auf ein unabhängiges, wiedervereinigtes und neutrales Deutschland ohne Waffen, das zu schaffen auch im Interesse der beiden Weltmächte läge. Die politische Landschaft des Jahres 1953 war allerdings für eine Politik des Neutralismus und des Pazifismus äußerst ungünstig. Die Initiatoren der Partei hatten mit allen Kräften vermeiden wollen, daß die GDP zu einer wirkungslosen Splitterpartei würde. Das Ergebnis der Bundestagswahl wies ihr aber genau diesen Platz zu; sie erhielt nur 1,2 % der Stimmen. Die Ursachen für das Scheitern der GDP sind vielschichtig. Ein Grund liegt sicherlich darin, daß sich für den Bürger der Bundesrepublik viele Argumente der GDP nur schwer von solchen der KPD und deren Tarnorganisationen unterscheiden ließen.

4. Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

Den rigorosesten Kurs gegen die Adenauer'sche Sicherheitspolitik steuerte naturgemäß die KPD. Ihre ideologische Position war eindeutig: In einem kapitalistischen Staat konnte nur eine Klassenkampfarmee gegen den Sozialismus aufgebaut werden. Daß die Propagierung dieses Standpunktes kaum auf Resonanz bei der Bevölkerung stieß, machten die Wahlergebnisse deutlich. Deshalb versuchte

⁴²⁾ E. Nolte, a. a. O. (Anm. 2), S. 317f.

⁴³⁾ P. Molt, *Die Neutralistische Opposition. Bedingungen und Voraussetzungen der neutralistischen Opposition in der Bundesrepublik Deutschland*, vor allem der Gesamtdeutschen Volkspartei, 1949—1954, Phil. Diss. (Mschr.) Heidelberg 1955, S. 91ff.

die KPD, Einfluß auf die verschiedenen außerparlamentarischen Vereinigungen (zeitweilig mehr als 150), in denen der Protest gegen die Remilitarisierung organisiert war, zu gewinnen. Aufrufe zur Aktionseinheit von Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern, besonders im Zusammenhang mit dem Verlangen nach einer Volksbefragung zur Wiederbewaffnung, waren ebenfalls Aus-

druck dieser Taktik⁴⁴⁾. Der Erfolg der unterschiedlichen Aktionen, die zeitweilig ein hohes Maß an Publizität erreichten, ist schwer meßbar. Sicher ist, daß die KPD ihr Hauptziel, einen breiten „Volkswiderstand“ zu mobilisieren, nicht erreichte, nicht zuletzt, weil sich die SPD und die Gewerkschaften bewußt waren, wie begrenzt die Interessenidentität mit den Kommunisten war.

IV. Die sozialdemokratische Sicherheits- und Wehrpolitik aus der Sicht des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS)

Die Sicherheits- und Wehrpolitik der SPD von 1949 bis 1955 ist gekennzeichnet durch die Ausbildung und begrenzte Modifizierung bestimmter Grundpositionen und durch die sich aus der Rolle der Opposition im Bundestag ergebende Notwendigkeit zu taktieren. Die von Kurt Schumacher schon vor der Gründung der Bundesrepublik mit Vehemenz vorgetragenen Grundpositionen waren vor allem:

a) Das deutsche Reich muß als staatliches und soziales Ganzes erhalten bleiben (später: wiederhergestellt werden); den Deutschen obliegt es, ihre politischen Aktivitäten daran zu orientieren.

b) Sozialdemokratische Politik ist antibolschewistisch. Gerade im Antibolschewismus Schumachers liegt begründet, daß er einen westdeutschen Wehrbeitrag nicht grundsätzlich ausschloß und deshalb den in seiner Partei weit verbreiteten pazifistischen Strömungen entgegentrat⁴⁵⁾.

Obleich die Sicherheitspolitik der SPD sich dadurch auszeichnet, daß sie sehr verzweigt ist und durch tatsächliche oder scheinbare Widersprüche charakterisiert wird, ist sie gründlicher erforscht worden als die aller anderen Parteien⁴⁶⁾. Dabei stehen naturgemäß die Konzeptionen, Argumente und Methoden der Parteiführung und der Bundestagsfraktion im Mittelpunkt. Wie an der „Basis“ auf die Politik der Führungsorgane reagiert und/

oder wie ggf. versucht wurde, auf die „Generallinie“ der Partei einzuwirken, ist bisher kaum untersucht worden. Im folgenden soll deshalb — dabei bewußt von der für die anderen Parteien gewählten Darstellungweise abweichend — die sozialdemokratische Sicherheitspolitik aus der Perspektive einer Jugendorganisation betrachtet werden. Da die Jungsozialisten während der fünfziger Jahre nur eine Hilfstruppe der Partei darstellten, die keinerlei eigenes politisches Gewicht beanspruchen konnte⁴⁷⁾, erscheint der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) als der bei weitem geeignetere Verband. Ungeachtet seiner organisatorischen Selbständigkeit soll der SDS im folgenden als Studentenverband (wenn nicht unter, so doch bis 1955 in der Nähe) der SPD begriffen werden⁴⁸⁾.

Die ersten öffentlichen Diskussionen über eine Wiederbewaffnung empfanden vor allem jene Studenten als Provokation, die noch als Soldaten am Krieg teilgenommen, oft genug erst nach längerer Gefangenschaft zurückgekehrt und davon überzeugt waren, daß Deutschlands Zukunft nur in einer Abkehr von allem Militärischen liegen könne. Andere reagierten in dieser Frage nicht so sehr als Studenten, sondern als potentiell Betroffene, die fürchteten, von der Wehrpflicht eingeholt zu werden.

⁴⁷⁾ Zu diesem Ergebnis kommt K. Schonauer, Die ungeliebten Kinder der Mutter SPD. Die Geschichte der Jusos von der braven Parteijugend zur innerparteilichen Opposition, Bonn 1982, S. 12f.

⁴⁸⁾ Als wichtigste Quellen für die folgenden Ausführungen standen die Aktenammlung des langjährigen Mitglieds im Bundesvorstand des SDS, Dr. Claus Arndt, Hamburg (zit.: Archiv Arndt), und ein Teil des Nachlasses von Dr. Friedrich Beermann, Bundesarchiv/Militärarchiv, Freiburg, zur Verfügung.

⁴⁴⁾ Vgl. E. Nolte, a. a. O. (Anm. 2), S. 309ff; H.-A. Jacobsen, a. a. O. (Anm. 4), S. 91ff.

⁴⁵⁾ Hierzu am detailliertesten U. Buczyłowski, Kurt Schumacher und die deutsche Frage, Stuttgart 1973.

⁴⁶⁾ Vor allem U. F. Löwke, Für den Fall, daß ... SPD und Wehrfrage 1949—1955, Hannover 1969, überarbeitete Neuauflage u. d. Titel: Die SPD und die Wehrfrage 1949 bis 1955, Bonn 1976.

Im SDS hatten sich besonders jene Studenten zusammengefunden, bei denen sich der Antifaschismus, der allen gemeinsam war, mit Antimilitarismus paarte. Diese Gruppe stellte sich neben jene der Pazifisten, und beide zusammen bildeten in einigen Orten zeitweilig die Mehrheit. Ihnen wurde es besonders schwer, den von Kurt Schumacher eingeschlagenen Kurs, der durchaus kein pazifistischer war, loyal zu unterstützen. Wo die SPD-Führung taktierte, waren diese Teile des SDS grundsätzlich.

Zu einer ersten konkreten politischen Stellungnahme sah sich der SDS auf einer Delegiertenkonferenz im September 1950, also kurz nach Ausbruch des Korea-Krieges, veranlaßt. Die Delegierten empfanden zwar — wie in der Bundesrepublik ganz allgemein — die Bedrohung durch den Osten. Dennoch lehnten sie in einem Beschluß die Remilitarisierung Westdeutschlands ab, stellten aber zugleich fest, „daß eine Verteidigung nur durch die vereinten Kräfte der Weltdemokratien“ möglich sei; dabei könne Deutschland als gleichberechtigter Partner „bestimmte Aufgaben“ übernehmen⁴⁹⁾. Dieser Beschluß deckte sich nahezu wörtlich mit der von Kurt Schumacher entwickelten Konzeption, die in einem Geflecht nationalpolitischer, militärischer und sozialer Elemente bestand und auf der Forderung nach politischer und strategischer Gleichberechtigung der Deutschen basierte⁵⁰⁾. Da die Westmächte Deutschland nur unter Vorbehalten und keineswegs als gleichberechtigten Partner bei den Bemühungen um einen europäischen Zusammenschluß betrachteten, hatte die SPD hier einen Oppositionskurs eingeschlagen, der — vor allem in Schumachers Äußerungen — nicht frei war von nationalistischen Tönen. Hier nun wich der SDS von der Parteilinie ab. Den studentischen Sozialisten eröffnete sich gerade in der Europa-Bewegung eine Chance, aus der Isolierung und Bevormundung durch die Besatzungsmächte herauszukommen. Die Europa-Begeisterung des SDS erreichte 1951 ihren Höhepunkt. In diesem Jahr bestand auch für die meisten Mitglieder kaum noch ein Zweifel daran, daß Westdeutschland in absehbarer Zeit einen Wehrbeitrag leisten werde. Die Beiträge in dem von der Berliner Gruppe herausgegebenen Bundesorgan des SDS, „Unser

Standpunkt“, sprechen eine eindeutige Sprache. Besonders die Sondernummer „Freiheit als Aufgabe“, deren Grundlage die Referate bildeten, die anläßlich der Ostertagung des SDS in Berlin gehalten worden waren und für die deshalb der Bundesvorstand verantwortlich zeichnete, kann dies belegen. Im Mittelpunkt der Ausführungen stand die Bedrohung Deutschlands durch die Sowjetunion; diese wurde in den düstersten Farben geschildert, um daraus die Notwendigkeit eines deutschen Beitrages im Rahmen der europäischen Verteidigung zu begründen. Otto Bach, der Berliner Senator für Sozialwesen, führte in seinem Referat „Deutschland in der europäischen Verteidigung“ u. a. aus: „Die Sowjets erkennen erst dann ihre Grenzen, wenn man ihnen einen entschiedenen Widerstand leistet; deshalb muß Europa gerüstet sein (...) Wir haben heute keine Zeit mehr zu warten, denn wir sind in Europa und in der Atlantischen Gemeinschaft nicht mehr Herren der Zeit, sondern haben nur die Zeit, die uns der Kreml läßt. Wir müssen alle politischen und materiellen Kräfte zusammenfassen. Europa ist nicht schwach, ist nicht krank; es ist müde.“⁵¹⁾

Von diesen Tönen blieben auch die Studenten des SDS nicht unbeeindruckt. Im Septemberheft des „Standpunkt“, das zur Vorbereitung der Braunschweiger Delegiertenkonferenz (15.—17. September 1951) erschien, faßte Herbert Haenke die Stimmung zusammen. Unter dem Titel „Mit offenen Augen“ schrieb er: „In einigen Wochen wird der Bundestag in Bonn die Frage des deutschen Beitrages zur westeuropäischen Verteidigung anpacken müssen. Mit Nüchternheit und Skepsis verfolgen wir seit längerer Zeit diesen Entwicklungsgang. (...) Wir können einer Entscheidung nicht aus dem Wege gehen, wir sitzen alle in einem Boot. (...) Jetzt kommt es darauf an, auf das Wie der Aufrüstung entscheidenden Einfluß zu gewinnen.“⁵²⁾

Es mag für die SPD-Führung ein schwerwiegendes Problem gewesen sein, sich zur eigenen, in der Arbeiterbewegung und damit auch im Marxismus wurzelnden Tradition zu bekennen und sich gleichzeitig radikal von den ideologischen Positionen des SED-Staates zu distanzieren; für die meisten SDS-Studenten war dies kein Anlaß für Grundsatzdiskussionen. Der Antikommunismus war im SDS so allgemein verbreitet, daß er einer Reflexion

⁴⁹⁾ T. Fichter/S. Lönnendonker, Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von 1946 bis zu seiner Selbstauflösung, Berlin 1977, S. 21.

⁵⁰⁾ U. F. Löwke, a. a. O. (Anm. 46), S. 43 ff.

⁵¹⁾ Unser Standpunkt. Sondernummer „Freiheit als Aufgabe“, August 1951, S. 27.

⁵²⁾ Unser Standpunkt, 1 (1951) 9, S. 3.

nicht zu bedürfen schien; er war so selbstverständlich gemeinsame Grundlage wie der Antifaschismus und die Verpflichtung, gegen neonazistische und andere „reaktionäre“ Tendenzen zu kämpfen. Letztere trat auch in Verbindung mit der Wehrfrage zutage. In diesem Zusammenhang hatte Claus Arndt, der spätere mehrmalige stellvertretende Vorsitzende des SDS, seinen ersten weithin beachteten öffentlichen Auftritt. Am 15. Februar 1951 sprachen die FDP-Politiker Friedrich Middelhaue und Hasso v. Manteuffel in der überfüllten Bonner Mensa zum Thema „Bundesrepublik — Niemandsland zwischen Ost und West“. Dabei wurden zwar keine neuen Gedanken vorgetragen, aber die alten in einer Form, die Widerspruch herausforderte. So meinte Middelhaue u. a.: „Deutschland ist eine belagerte Stadt, die alle, die sie nicht verteidigen wollen, schleunigst nach Osten verlassen mögen“. Zu einem Tumult kam es, als Arndt, der erst 1949 aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt war und gerade mit dem Studium begonnen hatte, verlangte, daß man die „Leute besonders prüfen müsse, die im Dritten Reich eine führende politische, wirtschaftliche und militärische Stellung innegehabt hatten“. Herr von Manteuffel scheinete nicht die geeignete Person zu sein, um vor Studenten zu sprechen. „Bei einer Identifizierung mit diesen Leuten steht hinter allem das Unheil von Auschwitz und Buchenwald.“⁵³⁾ Dieser Hinweis (der auch dreißig Jahre später, inzwischen von geschichtswissenschaftlicher Seite unterstrichen, noch zu heftigen Kontroversen geführt hat) wurde vom größten Teil des Auditoriums mit Ablehnung quittiert; in ihm wurde eine „Beleidigung der Kommilitonen“ gesehen.

Der Manteuffel-Zwischenfall ist insofern signifikant für die Haltung einer großen Zahl von SDS-Mitgliedern, als in ihm die Ablehnung der restaurierten Tendenzen in der Bundesrepublik und zugleich der Wunsch sichtbar wird, aus dem westdeutschen Staat eine Republik der „neuen“ Generation werden zu lassen, und zwar in allen Lebensbereichen, also auch beim Militär — wenn es denn schon nicht zu verhindern war.

Bis 1952 blieb der SDS in der Wehrfrage ablehnend und offen zugleich, doch überwog eine Haltung attentistischer Konstruktivität: Zwar gab es innerhalb des SDS beachtens-

werte Stimmen, die jeden (west-)deutschen Wehrbeitrag (unter welchen Konditionen auch immer) ablehnten; doch hatte (vorübergehend) jene Auffassung die Oberhand gewonnen, die eine deutsche Beteiligung an einer westeuropäischen Verteidigungsorganisation für unvermeidbar hielt und deshalb bereit war, sich darauf einzustellen; schließlich war im SDS eine Gruppe erkennbar, die bereits in einer Dimension dachte, die erst später sozialdemokratischer Grundsatz wurde: Für den Fall, daß es zu einem deutschen Verteidigungsbeitrag kommen sollte, müsse darauf geachtet werden, daß Elemente sozialistischer Wehrtradition Eingang in die Planung fänden.

In dem Maße, wie im Jahre 1952 die Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und den Westmächten über die europäischen Verträge konkrete Formen annahmen und dabei die verschiedenen Modelle einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft erörtert wurden, zog sich Oppositionsführer Schumacher aus dem europäischen Engagement zurück, ja er ließ keine Gelegenheit aus, gegen die Pläne der Regierung zu polemisieren und die angestrebten Ziele, auch die Erfolge, zu diffamieren. Das wirkte sich auf die SPD-Politik insgesamt aus und hatte schließlich auch beim SDS eine Abkühlung der Europa-Begeisterung zur Folge. Die Konzentration auf Argumente gegen den Adenauer-Kurs zog eine Vernachlässigung der Arbeit an den eigenen strategischen und wehrpolitischen Konzeptionen nach sich. Das ursprüngliche Ja mit Vorbehalten zum deutschen Verteidigungsbeitrag verblaßte zunehmend hinter der totalen Ablehnung der von der Regierung mit den Westmächten ausgehandelten Schritte und mußte am Ende nicht nur für die politischen Gegner wie ein Nein wirken.

Die SPD lehnte die Pariser Verträge vom 26. und 27. Mai 1952 mit Entschiedenheit ab. Sie richtete sich darauf ein, dem bestehenden Bundestag die Kompetenz abzusprechen, in der Frage des Wehrbeitrages eine Entscheidung zu treffen, indem sie die Auffassung vertrat, das Grundgesetz gestatte nicht die Einführung einer Wehrverfassung. In diesem Sinne leitete sie eine Feststellungsklage beim Bundesverfassungsgericht ein.

Der Kampf gegen die Verträge wurde von den Sozialdemokraten überwiegend emotional geführt; der Parteiführung gelang es nur mit Mühe, deutlich zu machen, daß die Frage des Verteidigungsbeitrages gänzlich ungeeig-

⁵³⁾ Zitiert nach: Neue Rheinische Zeitung vom 17. 2. 1951.

net sei, „aus dem Elementaren, aus dem Gefühlsmäßigen beantwortet zu werden“⁵⁴).

In der Debatte um die Ratifizierung der Verträge wurde zwar betont, daß es über das Prinzip der Verteidigung der Freiheit und der Demokratie keine Meinungsverschiedenheiten gebe, doch der von der Regierung eingeschlagene Weg sei abzulehnen, weil auf ihm eine „effektive, auf dem Grundsatz der Gleichberechtigung der Deutschen begründete deutsche Position nicht geschaffen“ werden könne⁵⁵). Die Opposition lehnte deshalb nicht nur den EVG-Vertrag ab, sondern kündigte zugleich eine Ablehnung aller daraus folgenden Verträge und Gesetze an. Eine Alternative hatte sie aber nicht anzubieten. Der Hinweis Schumachers, daß die Alternative in einer anderen Außenpolitik liege, konnte den Mangel an Klarheit in der sozialdemokratischen Sicherheitspolitik nicht verdecken.

Das Jahr 1952 stellt für die Außen- und Sicherheitspolitik der SPD eine Periode der Umorientierung dar. Der Tod Kurt Schumachers (20. August 1952) zwang seine Nachfolger zur Bestandsaufnahme und zur Überprüfung programmatischer und taktischer Positionen. In dieser Phase propagierten verschiedene, teilweise einander widersprechende Denkschulen ihre Konzeptionen als sozialdemokratische Sicherheitspolitik: vom deutschen Wehrbeitrag ohne deutsche Soldaten über einen revidierten und mit Vorbehaltsklauseln (Wiedervereinigung) versehenen EVG-Vertrag und das kollektive Sicherheitssystem, das Carlo Schmid erneut in die Debatte brachte und das zeitweilig (oft genug auch mißverstanden) von der Parteiführung favorisiert wurde, bis hin zum kollektiven "Ohne-mich". Am Ende überlagerte die Sorge um die Wiedervereinigung alle anderen Aspekte, auch im Hinblick auf die Wehrfrage.

Der Bundesvorstand des SDS hatte Anfang 1952 alle Gruppen aufgefordert, zur Frage der Wiederbewaffnung und den sich daraus ergebenden Problemen Stellung zu nehmen⁵⁶). Ein besonderer Ausschuß sollte die Resolutionen sichten und der Delegiertenkonferenz, die im September 1952 in Münster zusammentrat, Bericht erstatten.

⁵⁴) Erich Ollenhauer in der Sitzung des Deutschen Bundestages am 7.2. 1952, zit. nach U. F. Löwke, a. a. O. (Anm. 46), S. 95.

⁵⁵) U. F. Löwke, a. a. O. (Anm. 46), S. 91.

⁵⁶) Archiv Arndt 7 g — RF — 13.

Nur acht Gruppen (ein Drittel also) hatten überhaupt eine Erklärung abgegeben. Die Ablehnung des Wehrbeitrages unter den gegebenen politischen Voraussetzungen war einhellig; zentrales Argument war, die Einbeziehung der Bundesrepublik in die EVG gefährde die Wiedervereinigung. Im übrigen wurde die ganze Bandbreite sozialdemokratischer Argumente zum Wehrbeitrag mit geringen Nuancen wiederholt. Aber auch der Entschließungsantrag des Ausschusses geriet zu einem Dokument der Orientierungslosigkeit⁵⁷). Ratlos beschloß man, alle Materialien zu den Akten zu legen, „um Material zu haben, falls eine öffentliche Stellungnahme notwendig werden sollte“⁵⁸).

Der neue Bundesvorstand mit Ulrich Lohmar und Claus Arndt beschloß noch in Münster, das Bundessekretariat nach Hamburg zu verlegen. An der ersten Vorstandssitzung am 1. Februar 1953 nahm als Referent (Thema: „Die Sozialdemokratie und die Wehrfrage“) auch ein altes Hamburger SDS-Mitglied teil, Dr. Friedrich Beermann.

Beermann, Jahrgang 1912⁵⁹), hatte sein Jura-Studium erst nach einigen Verzögerungen aufnehmen können, weil er als Oberstleutnant der Wehrmacht zu jenem Personenkreis gehörte, dem die britische Militärregierung ein Studium verweigerte. Als er dann doch in Hamburg immatrikuliert wurde, fand er schnell Anschluß an den SDS, was ihn aber nicht hinderte, sich für die soziale Reintegration ehemaliger Berufssoldaten einzusetzen⁶⁰). Seit Beginn der Wehrdiskussion in der Bundesrepublik beschäftigte ihn das Problem des Verhältnisses zwischen Arbeiterbewegung und bewaffneter Macht. Er führte das Scheitern der Weimarer Republik wesentlich darauf zurück, daß eine Versöhnung der Gegensätze zwischen den Sozialdemokraten und der Reichswehr verhindert worden sei. Für Beermann kam es darauf an, daß sich die verhängnisvolle Entwicklung der zwanziger Jahre nicht in der Bundesrepublik wiederhole; auch deshalb wandte er sich, wie viele SDS-Mitglieder, mit großer Leidenschaft gegen das Auftreten von exponierten ehemaligen Nazioffizieren. Sein Engagement für so-

⁵⁷) Ebd.: Protokoll der Bundesdelegiertenkonferenz vom 4.—6. 10. in Münster, S. 17f.

⁵⁸) Ebd., S. 18.

⁵⁹) E. Opitz, Friedrich Beermann und die Wehrpolitik der SPD von 1955 bis 1959, in: Die Neue Gesellschaft, 24 (1977), S. 869ff.

⁶⁰) Vgl. H.-J. Rautenberg, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt, Anfänge... (Anm. 2), S. 752, 820.

zialdemokratisch orientierte Sicherheitspolitik brachte den Rechtsanwalt Beermann schließlich, auf Empfehlung von Helmut Schmidt, in die Position eines sicherheitspolitischen Assistenten der SPD-Bundestagsfraktion, womit er zu einem engen Mitarbeiter Fritz Erlers wurde.

Die Verbindung zum SDS-Bundesvorstand suchte Beermann, um seine Vorstellungen mit jungen Leuten zu diskutieren, aber auch, um Einfluß nehmen zu können. Noch im Sommer 1953 beschloß der SDS-Bundesvorstand, Beermann zu seinem wehrpolitischen Berater zu berufen⁶¹).

Je konkreter die Pläne für den künftigen deutschen Verteidigungsbeitrag wurden, desto kräftiger lebte in der sozialdemokratischen Partei die Tradition des Antimilitarismus wieder auf, und in diesem Zusammenhang mehrten sich die Stimmen, in denen die mit dem Militär immanent verbundenen Gefahren für die Demokratie betont wurden. Heinz Kühn erklärte noch 1954 auf dem Berliner Parteitag, daß er nicht an die „Möglichkeit einer demokratischen Armee in Deutschland“ glaube; die Zeit, um die dafür erforderlichen Maßnahmen zu treffen, sei in der gegenwärtigen politischen Situation nicht vorhanden⁶²).

Einer der ersten, die die Bedeutung des künftigen militärischen Faktors für die innenpolitischen Machtverhältnisse in der Bundesrepublik in das wehrpolitische Kalkül der SPD einzubeziehen suchten, war Fritz Erler. Er diskutierte seit Anfang 1952 bereits über das „Wie“ eines deutschen Wehrbeitrages, das er für ebenso wichtig hielt wie die Frage des „Ob“⁶³). Er hielt Kontakt zu Theodor Blank und dessen Mitarbeitern und war somit, anders als die meisten sozialdemokratischen Abgeordneten, über den Fortgang der Planungen informiert. Nach der für die Sozialdemokraten enttäuschenden Bundestagswahl von 1953 verstärkte sich in den Reihen der SPD-Fraktion der Eindruck, daß eigene Vorschläge für die zukünftige Wehrverfassung erarbeitet werden müßten. Adolf Arndt und Herbert Wehner versuchten gemeinsam mit Fritz Erler und Helmut Schmidt, die Mitglieder der engeren Parteiführung zu einem Kurswechsel in ihrer wehrpolitischen Konzeption zu veranlassen. Doch es dauerte noch ein Jahr, bis

auf dem Berliner Parteitag die Formel „für den Fall, daß ...“ gefunden und damit der Weg für eine offene Mitarbeit an der Wehrverfassung freigemacht wurde. Bis dahin wurden Aktivitäten auf dem Felde als Abweichung von der offiziellen Parteilinie empfunden und deshalb bestenfalls in Grenzen geduldet, nicht aber unterstützt.

Vor diesem Hintergrund muß die vom Liberalen Studentenbund (LSD) initiierte Konferenz „Bürger — Armee — Staat“ betrachtet werden, zu der Vertreter aller politischen Studentenvereinigungen für Anfang Juni 1953 eingeladen waren. Auf der Basis einer vom LSD erarbeiteten und bereits Anfang 1952 veröffentlichten Broschüre („Bürger — Armee — Staat“⁶⁴) sollte „eine gemeinsame Stellungnahme aller Studentenverbände“ zu der Frage der zukünftigen Wehrverfassung erarbeitet werden.

Wie der LSD kam auch der RCDS mit einer bereits im Vorjahr beschlossenen Konzeption⁶⁵) nach Bonn. Die einzige erkennbare Vorbereitung des SDS bestand in der wohldurchdachten Auswahl der Delegation. Claus Arndt sollte die Rolle des „Delegationschefs“ übernehmen, um — falls erforderlich — für eine einheitliche Stellungnahme des SDS zu sorgen. Ferner wurden Friedrich Beermann, Günther Bantzer und Hans Tietgens benannt. Alle waren — darauf hatte man Wert gelegt — „kriegsgedient“ (Beermann: Oberstleutnant, Bantzer: Oberleutnant, Tietgens: Obergewreiter und Arndt: Gefreiter). Die Frage, ob es angesichts der bisherigen Beschlüsse des SDS zur Wehrfrage opportun sei, überhaupt an der Tagung teilzunehmen, wurde im Vorstand gar nicht erst gestellt. Die Debatte darüber fand erst im nachhinein statt und hätte fast zur Spaltung des Bundes geführt.

Im Verlauf der Bonner Tagung wurden zahlreiche Änderungen beschlossen. Unangetastet blieb die Aussage zur allgemeinen Wehrpflicht: „Wir fordern die allgemeine Wehrpflicht als die demokratischste Form des Wehrdienstes. Sie ist ein Bestandteil der den staatsbürgerlichen Rechten entsprechenden Pflichten.“

Welche Änderungen an der vom LSD eingebrachten Vorlage auf SDS-Anträge zurückzuführen sind, läßt sich im einzelnen nicht mehr feststellen. Sicher ist, daß die „Präambel“ von Vorstellungen der SDS-Delegation beeinflusst

⁶¹) Mündl. Auskunft von Dr. Arndt.

⁶²) H. Kühn, *Aufbau und Bewährung. Die Jahre 1945—1978*, Hamburg 1981, S. 326f.

⁶³) Zum folgenden siehe auch H. Soell, *Fritz Erler. Eine politische Biographie*, Bd. 1, Berlin u. Bonn 1976, S. 189ff.

⁶⁴) Siehe oben, Abschn. II.

⁶⁵) H.-J. Rautenberg, a. a. O. (Anm. 60), S. 809.

ist; sie trägt ganz eindeutig die Handschrift Friedrich Beermanns.

Die SDS-Mitgliedschaft erfuhr von der Beteiligung ihrer Organisation aus der Presse, zu meist unter der Schlagzeile: „Studenten fordern allgemeine Wehrpflicht“.

Zwar hatte Claus Arndt bei der Pressekonferenz am 7. Juni betont, daß die Beteiligung des SDS an der Diskussion über eine künftige Wehrverfassung nicht bedeuten könne, daß sein Verband die EVG unterstütze, doch war diese Erklärung nur ausnahmsweise in den Zeitungen verbreitet worden. Während Arndt in Briefen noch stolz auf das „außerordentlich gute Presseecho“ hinwies, begann sich in den Gruppen bereits die Opposition zu formieren. Der Bundesvorstand geriet jetzt in eine schwierige Lage. Während Lohmar, Arndt und andere daran interessiert waren, die begonnene Diskussion fortzusetzen und sich als Bundesvorsitzende dafür auch legitimiert glaubten, wurde dieser Auffassung von zahlreichen Gruppen widersprochen.

Dem Vorstand wurde vorgeworfen, er habe sich mit Details des Wehrbeitrages befaßt, bevor noch über das „Ob“ entschieden sei. Damit sei er den deutschen Sozialisten in den Rücken gefallen. Ulrich Lohmar gelang es nur mit Mühe, die Wogen zu glätten. Am Ende zeigte sich, daß sich im SDS zwei etwa gleich starke Gruppen gebildet hatten, die zwar beide den vorgesehenen Wehrbeitrag ablehnten, vor allem weil durch ihn die Wiedervereinigung gefährdet wurde, die aber in der Frage, ob diese Ablehnung auch eine Abstinenz von Diskussionen über die Wehrverfassung gebiete, gegensätzliche Auffassungen vertraten.

Eine endgültige Klärung sollte die Hamburger Bundesdelegiertenkonferenz vom 3. bis 6. Oktober 1953 bringen, der eine Arbeitstagung „Haltung des SDS zur Wiederbewaffnung Deutschlands und zur Wehrverfassung“ vom 30. September bis 3. Oktober vorangehen sollte ⁶⁶⁾.

Beide Veranstaltungen waren vom Bundesvorstand sorgfältig vorbereitet worden, doch hatte der Ausgang der Bundestagswahl den Oppositionsgeist der Delegierten mehr gezügelt, als die beste Planung es vermocht hätte. Mit Verwunderung hatte der Vorstand zu registrieren, daß zur Hamburger Delegiertenkonferenz — entgegen allen Erwartungen —

⁶⁶⁾ Zum folgenden: Protokoll der VIII. Bundesdelegiertenkonferenz vom 3.—6. 10. in Hamburg, Archiv Arndt, 7 g — RF — 14.

weniger Anträge der Gruppen vorgelegt worden waren als in den zurückliegenden Jahren. Ulrich Lohmar betonte in seinem „Standpunkt“-Beitrag für die Hamburger Delegiertenkonferenz, daß gerade der wehrpolitischen Tagung große Bedeutung zukomme, weil es gelte, die nach der Bundestagswahl „geschwächte parlamentarische Position des Sozialismus in Deutschland“ durch geeignete Maßnahmen zu stützen. Adenauers „Politik der Stärke“ müsse eine wirksame Alternative gegenübergestellt werden. Der Bundesvorsitzende wiederholte noch einmal seine Auffassung, daß es wichtig sei, an einer Wehrverfassung in einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat mitzuarbeiten. Die während der Bonner Tagung ausgearbeiteten Thesen müßten überprüft und weiterentwickelt werden → auch in der Bundeskonferenz ⁶⁷⁾.

Tatsächlich ergab sich nach z. T. stürmischen Debatten über die Einzelheiten eines zu verabschiedenden Memorandums eine Positionsbestimmung des SDS, die es dem Vorstand erlaubte, bei künftigen Verhandlungen und Konferenzen mit anderen Studentenverbänden, aber auch mit der SPD, mehrheitlich beschlossene Auffassungen zu vertreten. Konsens wurde in folgenden Punkten erreicht:

Die expansionistischen Tendenzen der sowjetischen Außenpolitik seien friedensbedrohend und gefährdeten die Arbeit für den Sozialismus. Weil Sozialismus ohne politische Freiheit nicht denkbar sei, gehöre die Bewahrung der Demokratie zu den Grundforderungen. „Die demokratischen Sozialisten achten die Überzeugung und Beweggründe derer, die sich zu einem absoluten Pazifismus bekennen, aber sie sind der Überzeugung, daß auf absehbare Zeit die demokratischen Staaten bereit sein müssen, ihre Existenz auch militärisch zu sichern.“

Da wirksame Verteidigungsmaßnahmen die Einzelstaaten überforderten, müsse für den Ausbau eines „kollektiven Sicherheitssystems unter Berücksichtigung des Sicherheitsbedürfnisses der Sowjetunion, soweit es legitim ist“, plädiert werden. Im übrigen schloß sich der SDS den Argumenten der SPD gegen eine westdeutsche Mitgliedschaft in der EVG ausdrücklich an: Diese gefährde die Wiedervereinigung, belaste durch Schaffung eines militärischen Machtapparates die Existenzfähigkeit der noch wenig gefestigten Demokratie, führe dazu, daß deutsche Truppen dem NATO-Kommando unterstellt würden, ohne

⁶⁷⁾ Unser Standpunkt, 3 (1953) 10, S. 5.

daß die Bundesregierung Einfluß auf die Entscheidung des Paktes nehmen könne, und bedeute schließlich die „Konsolidierung Kleinsuropas und damit die Verstärkung seiner restaurativen Entwicklungstendenzen“. Nach einer Ratifizierung des EVG-Vertrages müsse die SPD allerdings an der Wehrverfassung mitarbeiten und darauf hinwirken, daß die deutschen Streitkräfte zu einem zuverlässigen Bestandteil der demokratischen Staatsordnung würden.

Die bei der Bonner Konferenz über die künftige Wehrverfassung beschlossenen Forderungen wurden gründlich überarbeitet und dabei erheblich gestrafft und präzisiert. In der revidierten Form sollte der Text die „Mindestanforderungen des SDS an jede Form einer Wehrverfassung zu jedem Zeitpunkt darstellen. Als solche werden sie der SPD zur Verfügung gestellt.“

Der Bundesvorstand hatte jetzt ein eindeutiges Mandat, sich an den weiteren Beratungen über die Wehrverfassung aktiv zu beteiligen. Davon machte er in einem weit stärkeren Maß Gebrauch, als vielen Delegierten lieb gewesen sein dürfte.

Der SDS nahm u. a. an der Wehrtagung teil, die der „Ring politischer und freier Studentenverbände und Gemeinschaften“ vom 8. bis 10. Januar 1954 in Bonn veranstaltete, und bei der die Endfassung des Papiers zur Wehrverfassung beraten und beschlossen wurde. Dabei konnten nicht alle Änderungsvorschläge durchgebracht, ein Substanzverlust aber vermieden werden. Der „Ring“ richtete an die Opposition im Bundestag die Bitte, „sich einer Mitwirkung bei der Schaffung geeigneter Grundlagen zur Sicherung der Demokratie nicht zu verschließen“⁶⁸⁾.

Es war sicher nicht dieser Appell, der Fritz Erler veranlaßte, bei der zweiten Lesung der Grundgesetzänderung Ende Februar 1954 im Bundestag für die SPD in die Bresche zu springen und erstmals öffentlich Elemente einer Wehrverfassung zu skizzieren. Dabei stand für ihn der Oberbefehl im Vordergrund, aber auch die parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte durch einen Parlamentsausschuß und einen Wehrbeauftragten und die Einsetzung eines Personalausschusses für die Einstellung ehemaliger Offiziere wurden dabei gefordert. Erler fand zwar in der Fraktion Zustimmung, doch übte sich die Parteiführung

nach wie vor in Zurückhaltung, weil sie Konflikte mit der Mitgliedschaft fürchtete⁶⁹⁾.

Der Abgeordnete Helmut Schmidt machte Anfang März 1954 den Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer in einem Brief darauf aufmerksam, daß sich in der Haltung der Partei zur Wehrverfassung eine Tendenz zeige, die fürchten lasse, daß sich die Fehlentscheidungen von 1919 wiederholen könnten. Er fand es bestürzend, daß im Jugendpolitischen Ausschuß der SPD, im SDS, in der katholischen Jugend und im VDS sehr viel differenziertere und konzisere Vorstellungen vorhanden seien, als das im Durchschnitt bei den Mitgliedern der Fraktionen und anderen sozialdemokratischen Politikern der Fall sei⁷⁰⁾.

Tatsächlich hatte Ulrich Lohmar sowohl im Jugendpolitischen Ausschuß als auch im SPD-Sicherheitsausschuß Gelegenheit, die vom SDS und vom „Ring“ erarbeiteten Vorstellungen zu propagieren.

Ohne, daß es im einzelnen möglich ist, den Einfluß des SDS auf die Meinungsbildung über Einzelheiten der Wehrverfassung und der Wehrgesetzgebung in der SPD (Partei und Fraktion) auszumachen, kann festgestellt werden, daß in der Zeit von 1952 bis Mitte 1954 wichtige Impulse von dieser Organisation, vertreten durch den Bundesvorstand, ausgegangen sind.

Das Scheitern der EVG in der französischen Nationalversammlung und die Beschlüsse der Londoner Neunmächtekonferenz (28. September bis 3. Oktober 1954), die den NATO-Beitritt der Bundesrepublik zur Folge hatten, bewirkten beim SDS eine Abkehr von der „konstruktiven“ Mitarbeit und eine Konzentration auf den Kampf gegen die Londoner Verträge und für eine aktivere Wiedervereinigungspolitik.

Auf der Marburger Delegiertenkonferenz (27. bis 29. Oktober 1954) wurde Ulrich Lohmar zwar als Bundesvorsitzender wiedergewählt und Claus Arndt, der ein Jahr lang dem Vorstand ferngeblieben war, erneut zum Stellvertreter gekürt, womit der Verband eine gewisse Kontinuität, auch im Hinblick auf die verhältnismäßig guten Beziehungen zur SPD anzustreben schien, doch sind Ansätze für eine Entfremdung bereits zu diesem Zeitpunkt zu erkennen. Wenn der SDS sich bemühte, auch außerhalb des Parlamentes eine

⁶⁸⁾ Archiv Arndt, 7 g — RF — 14.

⁶⁹⁾ H. Soell, a. a. O. (Anm. 63), S. 194.

⁷⁰⁾ Ebd., S. 195.

breite Widerstandsfront gegen die Londoner Verträge und die Wehrgesetze zu mobilisieren⁷¹⁾, dann sind dies Anzeichen für einen Wandel, der auch als Generationswechsel verstanden werden kann.

Claus Arndt und Ulrich Lohmar nahmen zwar weiterhin an Sitzungen des Sicherheits- oder des Jugendausschusses der Partei teil und bemühten sich darum, Fritz Erler bei seinen Bestrebungen zu unterstützen, eine genuin sozialdemokratische Wehrverfassung und entsprechende Wehrgesetze zu erarbeiten, doch konnten sie dabei schon nicht mehr mit der Unterstützung durch die „Basis“ ihres Verbandes rechnen.

Mit der Delegiertenkonferenz von 1955, die in Göttingen stattfand, war nicht nur die „Ära

Lohmar/Arndt“⁷²⁾ zu Ende, sondern auch der Abschnitt der Geschichte des SDS, in dem dieser sein Selbstverständnis in enger Anlehnung an die Sozialdemokratische Partei suchte. Jetzt begann mit dem harten antimilitaristischen Kurs und der eindeutigen Favorisierung der Kriegsdienstverweigerung der Schwenk hin zur Bewegung „Kampf dem Atomtod“, der zwar auch noch von der SPD getragen wurde, der aber gleichzeitig schon eine Anlehnung an Kräfte der außerparlamentarischen Opposition bedeutete.

⁷¹⁾ J. Briem, *Der SDS. Die Geschichte des bedeutendsten Studentenverbandes der BRD seit 1945*, Frankfurt a. M. 1976, S. 161.

⁷²⁾ Ebd., S. 126.

Die aktuelle sicherheitspolitische Diskussion

I. Unterschiedliche Vorstellungen über die Gefahren für Sicherheit und Frieden

In der Öffentlichkeit hat sich eine breite sicherheitspolitische Diskussion entwickelt. Der Frieden zwischen West und Ost, der als gewährleistet galt, erscheint nunmehr vielen gefährdet. Die Ansichten darüber, worauf dies zurückzuführen ist und welche Abhilfe geschaffen werden könnte, weichen stark voneinander ab und sind häufig sogar gegensätzlich.

Nach verbreiteter Meinung ist der Frieden in Europa durch das Überhandnehmen des Rüstens bedroht. Der Ost-West-Konflikt, der im Zeichen der Entspannung in einen Prozeß der allmählichen Überwindung eingetreten zu sein schien, gewinne durch militärisches Drohen neuerlich an Schärfe. Es bilde sich ein Verhältnis der Konfrontation heraus, das ein kriegerisches Austragen von Streitigkeiten wahrscheinlich mache. In dem Maße, wie neue Maßnahmen die während der Entspannung festgelegten Beziehungen änderten und die Rüstungsdynamik zu einem wesentlichen Faktor der Entwicklung machten, werde das zwischenstaatliche Zusammenleben auf dem europäischen Kontinent unsicher und problematisch. Daher komme es entscheidend darauf an, ein weiteres „Drehen der Rüstungsschraube“ zu vermeiden und Schritte auf Abrüstung hin zu unternehmen.

Aus entgegengesetzter Perspektive stellen sich die Dinge ganz anders dar. Der Frieden in Europa erscheint weniger durch das Rüsten als vielmehr durch militärische Ungleichgewichte bedroht. Entscheidende Wichtigkeit wird der Tatsache beigemessen, daß die UdSSR — anders als die NATO-Staaten — seit Anfang bis Mitte der sechziger Jahre unablässig, systematisch und konsequent ihren Aufwand für militärische Zwecke um jährlich 4 bis 5 % gesteigert hat und daß angesichts der gesunkenen Militärausgaben

der USA und anderer westlicher Länder in den siebziger Jahren erhebliche sowjetische Übergewichte in bestimmten Bereichen entstanden sind. Die Sorge, daß nicht mehr ausgleichende militärische Unterlegenheiten der NATO auf dem europäischen Schauplatz eine akute sicherheitspolitische Gefährdung nach sich ziehen könnten, wird durch die offensive Ausrichtung der Warschauer-Pakt-Streitkräfte, ihre Bewaffnung und Operationsgrundsätze verstärkt.

Die Frage lautet, inwieweit das westliche Bündnis noch damit rechnen könne, die Sicherheit seines Gebietes gegen einen östlichen Angreifer zu gewährleisten. Wenn aber, so meint man, dies fraglich erscheine, dann könne nur das Risiko einer kontinental-strategischen Eskalation die sowjetische Führung im Krisenfall mit hinreichender Gewißheit von einem militärischen Vorgehen gegen Westeuropa abhalten. Das euro-strategische Rüsten der UdSSR lasse jedoch deutlich die Absicht erkennen, der NATO eine Eskalationsfähigkeit in Europa zu verwehren und darüber hinaus die westeuropäischen Länder der Drohung eines entwaffnenden Kernwaffenstrichs von seiten der UdSSR auszusetzen. Eine solche Lage erscheint auch im Blick auf den Friedensfall gefährlich: Die NATO-Staaten hätten einen Krieg in Europa einseitig zu fürchten und müßten ihn dann durch „vorausschauende Anpassung“ (Alois Mertes) an Moskau zu vermeiden suchen. Von Margaret Thatcher über Helmut Kohl bis François Mitterrand stimmen dementsprechend die Verantwortlichen in Westeuropa darin überein, daß die UdSSR ihre Länder bedrohe und daß man dem mit einer gewissen Gegenrüstung begegnen müsse, wenn man seine politische Selbstbestimmung behaupten wolle.

II. Drei grundlegende Sicherheitsphilosophien

Die gegensätzlichen Auffassungen, die hier idealtypisch gegenübergestellt worden sind, beruhen auf unterschiedlichen prinzipiellen Vorstellungen über Frieden und Sicherheit. Was stört das friedliche Zusammenleben der Staaten? Wie kann man solchen Störungen wirksam begegnen? Die Antworten, die auf diese und ähnliche Fragen gegeben werden, summieren sich zu sicherheitspolitischen Philosophien, von denen sich dann Situationseinschätzungen und Handlungsanweisungen ableiten. Die verschiedenen denkbaren Philosophien lassen sich mit drei Grundthesen kennzeichnen: „Sicherheit durch Rüstungsstärke“, „Sicherheit durch Rüstungsgleichgewicht“ und „Sicherheit durch Rüstungsabstinenz“. Für jede dieser Philosophien gibt es eine spezifische Anschauung der politisch-militärischen Beziehungen zwischen den Staaten, d. h. eine bildhafte Vorstellung, die alle Überlegungen gemäß den zugrunde gelegten Prämissen bestimmt (Paradigma).

Die Philosophie der Sicherheit durch Rüstungsstärke, die am Paradigma des Zweikampfes orientiert ist, spielt in der jetzigen westeuropäischen Diskussion keine wesentliche Rolle. Die Philosophie der Sicherheit durch Rüstungsgleichgewicht beruht auf dem Paradigma des Gefangenendilemmas. Zwei Gefangene, die sich in Gewahrsam der Justiz befinden, sehen sich mit der Aussicht konfrontiert, daß sie durch gemeinsam-solidarische Verweigerung eines Schuldeingeständnisses die Freilassung erwirken können. Zugleich jedoch ist demjenigen von ihnen, der sich im Gegensatz zu seinem Komplizen geständig zeigen sollte, als reuigem Sünder neben der Straflosigkeit ein Lohn zugesagt. Wenn freilich beide Gefangenen den Schuld tatbestand anerkennen, wird die Zusicherung hinfällig. Beide müssen dann mit einer Strafe rechnen, die allerdings wegen der gezeigten Geständigkeit niedriger ausfallen würde, als wenn der eine Angeklagte nur aufgrund der Belastung durch seinen „reuigen“ Komplizen verurteilt werden würde. In dieser Lage (in der keiner von beiden sein Verhalten mit dem anderen absprechen kann und irgendeine Gewähr für die Einhaltung eines etwaigen Schweigeversprechens hat) ist es wahrscheinlich, daß beide ihre Aussage machen werden und damit die Chance der Freilassung verpassen: Jeder muß sich sagen, daß er, ob der andere nun schweigt oder redet, mit Geständigkeit am besten wekommt (Belohnung

statt Straflosigkeit bzw. geringeres statt höheres Strafmaß).

Das Gefangenendilemma dient als Gleichnis für die Situation, in der sich militärische Gegner im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen befinden. Jeder kann den anderen, wenn dieser ausschließlich auf Frieden setzt und demgemäß keine ausreichende Gegenrüstung betreibt, militärisch überwältigen und damit in die schlechtestmögliche Lage versetzen. Wenn aber beide dieses Risiko vermeiden und aus Sorge voreinander fortlaufend rüsten, dann begeben sie sich in die Gefahr, daß aus ihrer Konfrontation im Krisenfall ein wechselseitig ungewollter und schädlicher Krieg entsteht. Wenn dieser für beide Seiten bedrohliche Ausgang verhindert werden soll, dann müssen Mittel und Wege gefunden werden, um dem gemeinsamen Interesse an Kriegsverhütung die Priorität zu verschaffen und einen Mißbrauch der Verständigungsbereitschaft einer Seite durch die andere auszuschließen.

Die Philosophie der Sicherheit durch Rüstungsabstinenz legt das Bild des „Chicken“-Spiels zugrunde. Bei diesem Wettstreit, der angeblich zwischen kalifornischen Halbstarcken ausgetragen wird, rasen auf einem einbahnigen Fahrbahnstreifen zwei Autofahrer aufeinander zu. Das Spiel muß in einer tödlichen Carambolage enden, wenn nicht einer von beiden vor dem Zusammentreffen ausweicht. Der gilt aber dann unter seinen Kumpanen als feiges „Hühnchen“ (chicken), so daß ein starker Anreiz besteht, die Katastrophe zu riskieren. Nach diesem Paradigma sind die gegeneinander rüstenden Konfliktparteien den aufeinander zurasenden Autofahrern vergleichbar. Nur dadurch, daß der eine und/oder der andere aus dem irrsinnigen Wettstreit aussteigt, erscheint ein Überleben möglich. Es gilt also nicht, die Konfrontation, die militärische Rivalität erfolgreich durchzustehen (wie die Philosophie der Sicherheit durch Rüstungsstärke gebietet) oder in Grenzen zu halten (wie es gemäß der Philosophie durch Rüstungsgleichgewicht erforderlich wäre), sondern statt dessen die militärische Rivalität durch Verweigerung der dazu nötigen Rüstung überhaupt zum Erliegen zu bringen. Nur so läßt sich, dieser Ansicht zufolge, der allein ausschlaggebende Faktor, nämlich das Kriegsrisiko, beherrschen.

III. Postulat des Rüstungsgleichgewichts im Sinne einer militärischen Parität

Die Leitvorstellung des Gleichgewichts wird weithin so verstanden, daß um der Kriegsverhütung willen ein Gleichstand der militärischen Kräfte (Parität) erforderlich sei. Wer auf dieser Basis den NATO-Doppelbeschluß kritisiert, meint, daß ein militärischer Gleichstand bestehe und daß daher die vorgesehene Neustationierung westlicher Raketen zu einer unzulässigen Überlegenheit des Westens führen würde. Er kann sich darauf berufen, daß die sowjetische Führung stets, seit Breschnew am 6. Mai 1978 in Bonn den Grundsatz der militärischen Parität mit seiner Unterschrift bekräftigt hat¹⁾, von der Existenz eines „annähernden Gleichgewichts“ ausgegangen ist. Von der NATO freilich ist diese Darstellung des Kräfteverhältnisses ebenso dauerhaft bestritten worden. Zur Klärung muß man auf die Stärke-Angaben beider Seiten zurückgreifen.

Bis Anfang 1981 lagen nur westliche Daten vor. Ab 1981 läßt Moskau verlauten, daß die UdSSR und die NATO-Staaten in Europa jeweils ca. 1 000 Systeme (Startgeräte) besäßen. Zunächst wurde diese Zahl nicht näher aufgeschlüsselt oder erläutert. Dabei hieß es gelegentlich, daß der Westen über das Eineinhalbfache an Sprengköpfen verfüge²⁾. Die amtlichen westlichen Stellen machen eine völlig andere Rechnung auf. Demnach liegt die Zahl der land- und seegestützten amerikanischen Nuklearflugzeuge in und um Europa nur wenig über 200, während die UdSSR etwa über das Dreifache verfügt. Mit rund 175 modernen SS-20-Startgeräten und 380 älteren SS-4/5-Systemen auf dem europäischen Territorium der UdSSR im Sommer 1981 besaßen sie ein vollständiges Monopol gegenüber dem westlichen Bündnis. Allerdings befinden sich im französischen Arsenal 18 landgestützte Raketensysteme, die nach amerikanisch-sowjetischem Einvernehmen bei SALT wie die

sowjetischen SS-20, SS-4 und SS-5 als Mittelstreckenwaffen gelten können.

Nach sowjetischer Auffassung jedoch sind in den Vergleich weitere 144 seegestützte Raketensysteme Großbritanniens und Frankreichs einzubeziehen, wofür die UdSSR ihrerseits 18 seegestützte SS-N-5 in der Ostsee — nicht aber die SS-N-5 im Eismeer — einzurechnen bereit ist. Die Regierungen der NATO-Staaten machen gegen die Einbeziehung der britischen und französischen Systeme sowohl militärische als auch politische Gründe geltend. Nach den SALT-Kriterien sind die seegestützten Systeme der beiden westeuropäischen Länder — anders als die veralteten SS-N-5, die Moskau bei SALT als unbedeutend dargestellt hat — den Interkontinentalwaffen zuzuzählen. Demzufolge haben auch die sowjetischen Führer die britischen und französischen Systeme bis 1980 ausdrücklich nicht in die Mittelstreckengleichung eingeordnet³⁾. Das wird nach westlicher Ansicht den politischen Verhältnissen gerecht: Die britischen und französischen Systeme unterliegen nationaler Verfügungsgewalt und stehen dem westlichen Bündnis nicht für Zwecke der gemeinsamen Abschreckung mittels eskalatorischer Optionen zum Schutz der nichtnuklearen Mitgliedsländer zu Gebote. Wie die seitherigen sowjetischen Vorschläge bei den Genfer Verhandlungen erkennen lassen, will der Kreml durch Einrechnung der britischen und französischen Systeme den USA bzw. der NATO einseitig jede kontinental-strategische Kapazität nehmen (Verlangen nach numerischem Gleichstand zwischen britischen/französischen und sowjetischen Systemen in Europa bei Nullstand für die euro-strategischen Waffen der USA).

Strittig ist auch das Zählkriterium. Bei den Raketen gibt es drei verschiedene Meßgrößen: Startgeräte (Systeme), Raketen und Sprengköpfe. Als Startgeräte bezeichnet man die Abschußplattformen. Das sowjetische Kaltstartverfahren gestattet es u. a. bei der SS-20, nacheinander mehrere — nämlich bis zu vier — Raketen von einer Plattform abzufeuern (Nachladbarkeit). Eine Rakete wie-

¹⁾ Gemeinsame deutsch-sowjetische Deklaration vom 6. 5. 1978, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 9. 5. 1978, S. 429.

²⁾ Vgl. u. a. Brief des ZK der KPdSU an die sozialistischen Parteien Westeuropas, wiedergegeben in: Avanti vom 5. 7. 1981 und Information Department of the Labour Party (Ed.), New Release, PS 58/81; V. Sagladin lt. Der Spiegel vom 8. 6. 1981; stellv. Außenminister Kornienko und stellv. Generalstabschef Achroneev im Gespräch mit E. Bahr lt. Der Spiegel vom 15. 6. 1981, S. 20; Außenminister Gromyko im Gespräch mit dem belgischen Außenminister Nothomb lt. DLF vom 17. 6. 1981; General Tschernow lt. APN vom 18. 6. 1981.

³⁾ Vgl. die Antwort Breschnews und seiner Berater auf eine entsprechende Frage von Bundeskanzler Schmidt während dessen Besuch in Moskau am 30. 6. 1980 lt. nicht-amtlichem Gesprächsprotokoll, wiedergegeben in: Die Welt vom 7. 7. 1980.

derum kann — was nochmals allein für das Mittelstreckensystem SS-20 zutrifft — mehrere (drei) unabhängig voneinander ins Ziel zu lenkende Sprengköpfe besitzen (MIRV = Multiple Independently Targetable Reentry Vehicle)⁴⁾. Nach westlicher Ansicht geht es nicht an, Startgeräte mit jeweils einer Rakete und einem Sprengkopf Startgeräten mit jeweils mehreren Raketen und Sprengköpfen gleichwertig gegenüberzustellen, wie es von sowjetischer Seite geschieht. In neuester Zeit hat zwar Generalsekretär Andropow die Bereitschaft ausgedrückt, auch die Sprengkopffzahlen zu berücksichtigen, doch blieb dabei nicht nur das Nachladbarkeitsproblem unberücksichtigt, sondern es veränderte sich auch nicht die bis dahin in Moskau festgelegte Ost-West-Stärkerelation, weil für die westlichen Staaten entsprechend vergrößerte Sprengkopffzahlen in Ansatz gebracht wurden (Zählung westlicher MRV-Streusprengköpfe [MRV = Multiple Reentry Vehicle; die Sprengköpfe können nicht unabhängig ver-

schiedene Ziele ansteuern], die nach den vereinbarten SALT-Kriterien als Einfachsprengköpfe zu gelten haben, als MIRV-Mehrfachsprengköpfe; Behandlung britischer und französischer Rüstungsplanungen im MRV-Bereich als bereits eingetretene MIRV-Wirklichkeit)⁵⁾.

Eine weitere Streitfrage ist, ob nur die im europäischen Raum stationierten oder aber die weltweit vorhandenen Mittelstreckenwaffen gegeneinander aufgerechnet werden sollen. Die sowjetische Führung fordert eine Begrenzung auf Europa. Das würde ihr die Möglichkeit verschaffen, mit einem Teil der jenseits des Uralgebiets in Sibirien stationierten, nicht-gezählten SS-20 Westeuropa zu erreichen. Außerdem dürfte die UdSSR bald die Möglichkeit haben, die SS-20 statt wie bisher in ein bis drei Wochen innerhalb von ebenso vielen Tagen über Tausende von Kilometern hinweg zu verlegen. Die westlichen Regierungen halten daher ein Abkommen über weltweite Begrenzung für notwendig.

IV. Rüstungsgleichgewicht als Ausgewogenheit der militärischen Optionen

Die Auffassung, daß militärisches Gleichgewicht ein Gleichstand der Militärpotentiale sei, ist problematisch. Strukturgleiche Streitkräfte, deren identische Komponenten man gegeneinander abzählen könnte, gibt es nicht. Unterschiedlich sind auch die Erfordernisse, die sich aus unterschiedlichen geostrategischen Positionen und militärischen Operationsdoktrinen ergeben. Viele Sicherheitsexperten leiten daraus den Schluß ab, daß es nicht so sehr auf die Waffen- und Truppenbestände schlechthin als vielmehr auf deren Angemessenheit im Blick auf die jeweils angestrebten Ziele ankomme. Welche Seite — der Angreifer oder der Verteidiger — besitzt voraussichtlich die Fähigkeit, das gesetzte Ziel zu erreichen? Die Geschichte ist voll von Beispielen, in denen Angreifer wie Verteidiger mit Kräften unterhalb des Gleichstandes erfolgreich Krieg führen konnten, weil sie durch objektive Umstände, durch ein besonders zweckentsprechendes Instrumentarium, hervorragenden Einsatz der vorhandenen Mittel oder ähnliche Faktoren begünstigt waren. Das hat viele Sicherheitsexperten davon

überzeugt, man müsse das Urteil über militärische Verhältnisse auf eine Einschätzung der militärischen Optionen gründen. Die voraussichtlichen militärischen Handlungsmöglichkeiten sollten den entscheidenden Maßstab bilden: Inwieweit könne eine Seite die andere bedrohen, ohne daß diese das mit einer angemessenen Gegenbedrohung abzublocken vermöge?⁶⁾

⁵⁾ Andropow erklärte am 3. 5. 1983, man könne auch die Sprengköpfe zählen (Prawda vom 4. 5. 1983). Nach früheren Angaben der sowjetischen Führung gegenüber dem SPD-Kanzlerkandidaten Vogel sind jedoch für die westlichen Systeme weit mehr Sprengköpfe anzusetzen, als dies nach den SALT-Kriterien angemessen wäre — z. B. für 162 britische und französische Raketen ohne MIRV, die nur 162 Sprengköpfe tragen, 464 Sprengköpfe (Protokoll von Botschafter Meyer-Landrut, wiedergegeben in: Quick vom 27. 1. 1983, S. 20). Am 10. 5. 1983 bestätigte Andropow, daß die Zählweise nach Sprengköpfen die vorher geforderten Verminderungsrelationen nicht verändern dürfe (Andropows Antwort auf Fragen finnischer Gesellschaftsorganisationen, gesendet von Radio Moskau in russischer Sprache am 10. 5. 1983).

⁶⁾ Vgl. u. a. C. Bertram, Neue Ansätze der Rüstungskontrolle, in: E. Forndran/P. J. Friedrich (Hrsg.), Rüstungskontrolle und Sicherheit in Europa, Bonn 1979, S. 337—346; K.-P. Stratmann, NATO-Strategie in der Krise?, Baden-Baden 1981, S. 345.

⁴⁾ L. Breschnews Erklärung in: Der Spiegel vom 2. 11. 1981, S. 47.

Eine häufig ausgesprochene Sorge lautet, daß die USA vom Konzept der wechselseitigen Abschreckung zwischen Ost und West abgerückt seien und nunmehr ihre militärischen Vorbereitungen an einer Kriegführungsstrategie orientierten. Damit verbindet sich die Vorstellung, daß das Gleichgewicht der militärischen Optionen zerstört werde, weil eine Seite gegenüber der anderen eine über Kriegsverhinderung hinausgehende Handlungsmöglichkeit für sich beanspruche und damit eine die gegnerische Kriegsverhütungsfähigkeit in Frage stellende zusätzliche Option gewinne. Hinter dieser Befürchtung steht die Logik, daß diejenige Seite, die ein Monopol an Kriegführungs-fähigkeit besitze, Einschüchterung und Erzwingung ausüben könne: Die andere Seite müsse den Kriegsfall, den allein sie zu fürchten habe, unbedingt zu vermeiden suchen und daher die ihr abverlangten Zugeständnisse machen. Der Gleichgewichtsbegriff, der hier zugrunde gelegt wird, heißt wechselseitige Abschreckung durch die Fähigkeit beider Seiten, den Gegner im Kriegsfall mit unannehmbarem Schaden zu bestrafen und/oder einander militärischen Erfolg zu versagen.

Die Ansicht, daß die USA ihr Handeln nicht mehr auf Abschreckung, sondern Kriegführung ausrichteten, wird wesentlich mit Hinweisen auf nuklearstrategische Counterforce-Konzepte begründet. Seit Anfang bis Mitte der siebziger Jahre, so heißt es, seien die Amerikaner von dem Abschreckungsgrundsatz abgegangen, daß man zwar die zivile Gesellschaft, nicht aber die Vergeltungswaffen der anderen Seite physisch bedrohen müsse, um so dem potentiellen Gegner zugleich jede etwaige Lust zum Krieg zu nehmen und ihn auf seine eigene Abschreckungs-, weil Vergeltungsfähigkeit vertrauen zu lassen. „Wer zuerst schießt, stirbt als zweiter.“ Dieses Gleichgewicht der Optionen, das jeder Seite kriegerische Handlungsmöglichkeiten ohne ein begleitendes Risiko der Selbsterstörung verwehrt, erscheint beispielsweise durch amerikanische Vorkehrungen zur Bekämpfung der sowjetischen Abschreckungs- und Vergeltungswaffen gefährdet. Wenn die Kapazitäten der UdSSR durch einen Erstschlag ausgeschaltet oder stark eingeschränkt würden, hätten die USA im Unterschied zur Sowjetunion von dem folgenden Krieg nichts mehr zu befürchten.

Diese These ist nicht ohne Widerspruch geblieben. Zunächst wird darauf verwiesen, die sowjetische Führung verfüge doch gegenwärtig

noch weit mehr als in den fünfziger Jahren über die Gegenabschreckung, daß sie im Kriegsfall die amerikanische Macht indirekt durch die physische Vernichtung der europäischen NATO-Verbündeten in nicht mehr akzeptabler Weise schwächen könnte. Vor allem aber wird geltend gemacht, daß die amerikanische Sicherheitsstrategie nicht richtig beurteilt werde. Zum einen handele es sich um eine Reaktion auf vorausgegangene Entwicklungen der sowjetischen Strategie. Maßgebliche amerikanische Sowjetologen, Sicherheitsexperten und Politiker sind seit Mitte der siebziger Jahre zunehmend zu der Überzeugung gelangt, daß die politischen und militärischen Führer der UdSSR den Leitgedanken der Abschreckung niemals akzeptiert haben⁷⁾.

In der Tat weisen sowjetische Publikationen aus, daß der Kreml die westliche Abschreckungspolitik zwar respektiert, solange und soweit sie Realität ist, aber zugleich nach Kräften um ihre Diskreditierung und Beseitigung bemüht ist, weil als Test der Sicherheit allein der — als Möglichkeit ernst genommene — Kriegsfall erscheint. Dementsprechend gilt in Moskau eine „ausreichende Verteidigung“ als entscheidendes Erfordernis: In jeder kriegerischen Situation sollen das eigene Überleben, die Zurückschlagung des Gegners und dessen schließliches Niederringen so weit wie möglich gewährleistet sein — was eine Marge an einseitigem militärischen Vorteil voraussetzt⁸⁾. Seit der Spätzeit Carters, der sein Amt als engagierter Befürworter von Konzepten militärischer Zurückhaltung angetreten hatte, wird diese Einschätzung in Washington allgemein geteilt. Die praktische Schlussfolgerung der Amerikaner lautet, daß man die militärische Herausforderung, die in dem sowjetischen Verhalten liege, nicht unbeantwortet lassen könne. Die USA müßten, wenn ihre Abschreckung gegenüber der UdSSR nicht unglaubwürdig und damit wirkungslos werden solle, der sowjetischen Kriegführungsfähigkeit

G. Wettig, Das Problem des militärischen Gleichgewichts, in: Außenpolitik, 33 (1982) 4, S. 337—345.

⁷⁾ Vgl. u. a. R. W. Barnett, Trans-SALT: Soviet Strategic Doctrine, in: Orbis, 19 (1975) 2, S. 533—561; S. Sienkiewicz, SALT and Soviet Nuclear Doctrine, in: International Security, 2 (1978) 4, S. 84—100; F. W. Ermarth, Contrasts in American and Soviet Thought, in: International Security, 3 (1979) 2, S. 138—155; Garthoff-Pipes Debate, in: Strategic Review, 10 (1982) 4, S. 36—63.

⁸⁾ Vgl. u. a. G. Wettig, Die Abschreckungspolitik in sowjetischer Sicht, in: Europäische Wehrkunde, 31 (1982) 1, S. 11—14; G. Wettig, Grundlinien der sowjetischen Sicherheitspolitik, in: Europäische Wehrkunde, 31 (1982) 11, S. 486—491.

higkeit ein Gleiches entgegenstellen und so die Ausgewogenheit der sicherheitspolitischen Optionen auf beiden Seiten wiederherstellen.

Gegen diese Darstellung erhebt sich der Einwand, daß in Washington schon früher amtlich von „Counterforce“ die Rede gewesen sei. Mithin habe man längst vor Carter an eine Schadensbegrenzung durch Dezimierung des gegnerischen Vergeltungspotentials — also an den Erwerb einer Kriegsführungsfähigkeit gegenüber der UdSSR — gedacht. Dieser These stehen die Ergebnisse einer jüngeren amerikanischen Untersuchung entgegen. Der Verfasser ist den sicherheitspolitischen Anfängen der Carter-Administration nachgegangen und hat dabei sozusagen als Nebenprodukt eine bis dahin vorhandene, nahezu totale Unvorbereitetheit der USA auf den Kernwaffenkrieg entdeckt. Carter hatte nämlich, als er die Präsidentschaft übernahm, erstmals angeordnet, die im Nuklearkriegsfalle vorgesehenen Maßnahmen praktisch durchzuspielen, um damit seine Überzeugung von dem großen Sicherheitspolster seines Landes zu belegen. Der Test erbrachte jedoch ein anderes Resultat — nämlich ein totales Desaster, das einen amerikanischen General zu der Bemerkung veranlaßte, die UdSSR hätte, wenn es ernst gewesen wäre, die nukleare Auseinandersetzung mit den USA nach allen Beurteilungskriterien militärisch gewonnen. Diese ernüchternde Erfahrung wurde in der Folgezeit zu einem entscheidenden Motiv für den Entschluß, von dem wenig reflektierten Vertrauen auf die Abschreckungswirkung des eigenen Kernwaffenarsenals Abschied zu nehmen und sich analog zu den in der UdSSR getroffenen Vorkehrungen auf die Eventualität des Krieges einzustellen. Nur wenn der sowjetischen Führung die Aussicht darauf verwehrt werde, daß ihr Land einen nuklearstrategischen Krieg im Unterschied zu den USA notfalls noch aushalten könnte, sei die wechselseitige Abschreckung weiterhin gewährleistet⁹⁾.

Die amerikanische Hinwendung zu einer Abschreckungsstrategie, die den Hinweis auf die

⁹⁾ T. Powers, *Choosing a Strategy for World War III*, in: *Atlantic Monthly*, (1982) 11, S. 82—110.

eigene Fähigkeit zu eventueller Kriegsführung einschließt, ist nach Ansicht vieler Kritiker in den USA noch nicht folgerichtig genug vollzogen worden. Das Argument richtet sich gegen die von Präsident Carter proklamierte und von seinem Nachfolger Reagan übernommene Abschreckungsdoktrin der „entgegenwirkenden Strategie“ (countervailing strategy)¹⁰⁾. Theorie und Praxis gemäß dieser Doktrin, so lautet der Vorwurf, hätten das alte Dogma, daß die Abschreckung allein auf die Fähigkeit zur „Bestrafung“ der anderen Seite mit unannehmbarem Schaden zu gründen sei, nur sehr unvollkommen überwunden. Man habe zwar neben der Bestrafung des potentiellen Gegners auch die Verwehrgung militärischer Erfolge von seiner Seite¹¹⁾ in das Instrumentarium der Abschreckung aufgenommen. Es fehle jedoch das erforderliche dritte Element — nämlich die Konfrontation der anderen Seite mit der Aussicht, daß man, wenn es zum Kriege käme, diesen auch durchstehen könne. Erst wenn man diese Fähigkeit besitze, stehe man auf der gleichen Ebene mit der UdSSR und sei vor der Gefahr sowjetischer Kriegsandrohungen und Einschüchterungsmanöver geschützt. Diese Konsequenz ist freilich vom amtlichen Washington bisher nicht vollzogen worden: Die nach wie vor gültige Doktrin sieht keine gewährleistete amerikanische Fähigkeit zum Überleben in einem weltweiten Kernwaffenkrieg vor¹²⁾.

¹⁰⁾ Vgl. W. Slocombe, *The Countervailing Strategy*, in: *International Security*, 5 (1981) 4, S. 18—27.

¹¹⁾ Das Konzept, man müsse den potentiellen Gegner durch die Aussicht sowohl auf unannehmbaren Schaden als auch auf die Durchkreuzung angestrebter militärischer Erfolge vom Krieg abschrecken, hat auch auf das NATO-Vorhaben der Stationierung von Pershing 2 und Marschflugkörpern in Westeuropa Einfluß gehabt: Auf der euro-strategischen Ebene soll die UdSSR von einem Angriff gegen die europäischen NATO-Staaten a) durch das Risiko nuklearer Zerstörungen auf eigenem Territorium und b) durch die westliche Fähigkeit zu gezielten Kernwaffenschlägen gegen nachrückende Angriffsformationen im Hinterland des Warschauer Pakts (die für einen Durchbruch durch die NATO-Linien entscheidend sein dürften) abgehalten werden.

¹²⁾ Die Rede des amerikanischen Präsidenten über „hohe Grenzen“ beruht nach der Einschätzung von Fachleuten weder auf gegenwärtigen bzw. künftig absehbaren technischen Möglichkeiten noch zieht sie praktische Änderungen in der amerikanischen Sicherheitspolitik nach sich.

V. Besorgnisse hinsichtlich der militärischen Ausgewogenheit im regionalen Rahmen

Seit das Stationierungsvorhaben der NATO vom Dezember 1979 in der westeuropäischen Öffentlichkeit diskutiert wird, ist immer wieder die Befürchtung laut geworden, die Amerikaner könnten auf dieser Grundlage einen auf Europa begrenzten Nuklearkrieg erwägen bzw. riskieren. Dahinter steht die Vorstellung, daß die USA, solange sie auf dem europäischen Schauplatz kontinental-strategisch in der Hinterhand seien, automatisch mit ihrem interkontinental-strategischen Arsenal zum Schutz ihrer Verbündeten engagiert seien. Sobald aber Washington in Europa über ausreichende Gegenpotentiale zur sowjetischen Mittelstreckenrüstung verfüge, könne es an eine regional begrenzte Kriegführung denken und demgemäß eine „Europäisierung des nuklearen Risikos“ ins Auge fassen. Das würde auf eine sicherheitspolitische Abkopplung der westeuropäischen Länder von den USA hinauslaufen: Eine wechselseitige Abschreckung gäbe es nur noch im Verhältnis zwischen den beiden Weltmächten, während ein Ost-West-Krieg, der das nordamerikanische Territorium aussparen würde, für die USA mit keinem unannehmbaren Risiko verknüpft wäre. Die auf Westeuropa erweiterte Abschreckung der Vereinigten Staaten wäre aufgehoben. Beide Weltmächte könnten ungestraft einen konventionellen und nuklearen Krieg in Europa führen. Als die einzige europäische Macht, die den Krieg nicht zu fürchten hätte, könnte dann die UdSSR mit militärischen Drohungen Druck auf die anderen Länder ausüben.

Eine derartige Annahme steht zu den Absichten im Widerspruch, die sich mit dem NATO-Beschluß vom Dezember 1979 verbinden. Bereits seit Anfang der siebziger Jahre zeichnete sich ab, daß die in Großbritannien stationierten amerikanischen Mittelstreckenflugzeuge wegen der zunehmend vervollkommenen Luftabwehr des Warschauer Pakts eine ständig abnehmende Chance zum Eindringen bis über sowjetisches Gebiet haben. Die westliche Fähigkeit, im Kriegsfall die Bedrohung Westeuropas durch vorrückende östliche Streitkräfte mit Nuklearschlägen gegen die UdSSR zu beantworten und damit im vorangehenden Krisenfall die sowjetische Führung überhaupt vom möglichen Entschluß zum Krieg abzuschrecken, ist demnach im Schwinden begriffen. Das jedoch führte, als die NATO 1974 mit der Beratung von Gegen-

maßnahmen zur wachsenden sowjetischen Rüstung begann, zunächst nicht zu euro-strategischen Überlegungen. Der entscheidende Anstoß kam im Oktober 1977 von Bundeskanzler Schmidt. In einer vielbeachteten Rede vor dem Londoner Institut für strategische Studien wies er auf das Problem hin, das unter der Bedingung einer interkontinental-strategischen Parität durch einseitiges sowjetisches Rüsten auf den darunter liegenden Ebenen entstanden sei. Eine solche „Grauzone“ sei auch bei den Mittelstreckenwaffen zu erkennen. In der Öffentlichkeit wurde Schmidts These wesentlich durch Hinweise auf den Aufwuchs sowjetischer „Backfire“-Bomber und SS-20-Raketen illustriert. Worum es dem Bundeskanzler ging, machte er in Gesprächen mit der amerikanischen Regierung deutlich: Die Mittelstreckenrüstungen sollten nicht außerhalb der wechselseitigen SALT-Begrenzung bleiben; das zwischen den beiden Weltmächten zu vereinbarende strategische Gleichgewicht sollte auch die regionalen Potentiale einschließen und so die UdSSR in Europa auf ein erträgliches Maß beschränken.

Präsident Carter war jedoch nicht willens, SALT unnötigerweise (wie er meinte) zu komplizieren. Nach langem Zögern war er auf westeuropäisches Drängen hin bereit, eine Gegengewichtslösung in Form zusätzlicher amerikanischer Stationierungen auf westeuropäischem Boden zu akzeptieren. Seit dem ausgehenden Winter 1979 beriet die NATO über die Einzelheiten. Anregungen amerikanischer Militärs, dem sowjetischen Mittelstreckenpotential ein gleich starkes Arsenal entgegenzusetzen, scheiterten am Widerspruch sowohl der Westeuropäer als auch der zivilen Instanzen in Washington. Die Entscheidung, ein zwar substantielles, gleichwohl aber unterlegenes Potential aufzubauen, war wesentlich durch die Erwägung motiviert, daß man nicht die Option eines auf Europa begrenzten Nuklearkrieges schaffen dürfe. Es gehe darum, der sowjetischen Führung zu demonstrieren, daß im Falle einer militärischen Bedrohung Westeuropas an Ort und Stelle amerikanische Systeme bereitstünden und daher aller Wahrscheinlichkeit nach in die Auseinandersetzungen hineingezogen werden würden. Im Blick auf Moskau solle die Kopplung zwischen der westeuropäischen Sicherheit und dem amerikanischen Interkontinentalarsenal verstärkt werden.

Die im NATO-Beschluß vorgesehenen Maßnahmen wurden auf diese Logik abgestimmt. 572 Flugkörpersysteme der NATO mit ebenso vielen Sprengköpfen können kein kontinental-strategisches Duell mit den sowjetischen Raketen gleicher Reichweiten aufnehmen, weil diese ein Mehrfaches an Sprengköpfen haben. Die westliche Seite würde sich damit auf eine Auseinandersetzung einlassen, bei der sie in jedem Fall den kürzeren ziehen würde. Sinnvoll ist die vorgesehene Stationierung von 108 Pershing 2 und 464 Marschflugkörper in Westeuropa nur, wenn die sowjetische Führung mit ihnen die Gefahr eines weltweiten nuklearen Schlagabtauschs verbunden sieht und daher Situationen ihres möglichen Einsatzes zu vermeiden sucht. Dies ist die beabsichtigte Wirkung, die nach Ansicht der Stationierungsbefürworter den Kopplungseffekt ausmacht, der den Frieden auch angesichts eines überlegenen militärischen Potentials der UdSSR in Europa zu sichern geeignet ist.

In dieser Sicht können die Westeuropäer schwerlich auf ein Zwischenglied verzichten, das die Lücke zwischen dem konventionellen bzw. taktisch-nuklearen Gefechtsfeld¹³⁾ einerseits und der Abschreckungsebene der amerikanischen und sowjetischen Interkontinentalwaffen andererseits schließt. Denn das Engagement der USA, auch bei äußerstem Risiko für sich selbst die eigene Abschreckungsmacht zur Abwendung von Existenzbedrohungen der westeuropäischen Verbündeten einzusetzen, ist nach dieser Ansicht nicht automatisch gewährleistet: Die „entgegenwirkende Strategie“ sieht keine Alles-oder-Nichts-Eskalation vom konventionellen oder taktisch-nuklearen Gefechtsfeld auf die interkontinentale Ebene vor, sondern setzt ein lückenloses Instrumentarium selektiver Eskalationsmöglichkeiten voraus. Aufmerksame

¹³⁾ Sowjetische Manöver und interne Informationssysteme des sowjetischen Generalstabs lassen darauf schließen, daß im Kriegsfall die Wahl zwischen konventionellen und nuklearen Mitteln auf dem Gefechtsfeld unter dem Gesichtspunkt getroffen würde, auf welche Weise am sichersten der angestrebte Erfolg, der militärische Vorstoß bis zum Atlantik, in sehr kurzer Frist gewährleistet werden könnte, sofern nur das Gebiet der UdSSR von der Kernwaffenwirkung ausgespart bliebe. Vgl. die sehr instruktiven Darlegungen aufgrund interner sowjetischer Quellen bei J. D. Douglass (Jr.)/A. M. Hoerber, *Conventional War and Escalation. The Soviet View*, New York 1981.

Beobachter der inneramerikanischen Szene weisen zudem darauf hin, wie außerordentlich gewagt es sei, unter allen Umständen und ohne konkrete Unterpfänder mit einem „vermeintlichen heiligen und stets vernünftigen Egoismus Amerikas“ zu rechnen, der, was immer auch komme, Westeuropa als Gegengewicht zur UdSSR mit allen Mitteln zu stützen genötigt sei¹⁴⁾.

Das gelte um so mehr, als die sowjetische Politik auf Abkopplung Westeuropas von Nordamerika abziele¹⁵⁾. Dieser Trend werde unter anderem von der sowjetischen Mittelstreckenrüstung vorangetrieben. Die amerikanischen Nuklearflugzeuge in Großbritannien könnten ihren Auftrag, einen etwaigen Krieg in Mittel- und Westeuropa auf sowjetisches Territorium zurückschlagen zu lassen, in absehbarer Zeit nicht mehr erfüllen. Sie bedürfen eines Ersatzes durch weniger abschußgefährdete Systeme. Auch müsse man die stark angewachsene Gefechtsfeld-Überlegenheit des Warschauer Pakts durch verbesserte westliche Fähigkeiten zur Bekämpfung der den östlichen Angriffsspitzen folgenden Truppenverbände in Frage stellen, um Moskau jeden eventuellen Entschluß zu Krieg und Offensive von vornherein zu verleiden. Schließlich komme es darauf an, die durch die SS-20 geschaffene sowjetische Fähigkeit zu einem Entwaffnungserstschlag gegen Westeuropa wieder mit einem langfristig glaubwürdigen Risiko für die UdSSR zu belasten. Nur wenn die USA der von der Sowjetunion in Aussicht gestellten Bedrohung ihrer westeuropäischen Verbündeten ein wirksames Abschreckungshemmnis in Gestalt moderner Flugkörper auf westeuropäischem Boden entgegenstellen könnten, sei Europa vor der Gefahr sowohl einer kriegerischen Versuchung als auch politischer Druckausübung auf seiten Moskaus dauerhaft und zuverlässig geschützt.

¹⁴⁾ L. Ruehl, *La querrelle des euromissiles*, in: *Politique Étrangère*, (1983) 1, S. 30f.

¹⁵⁾ Die Befürworter der Stationierung sehen diese Sorge u. a. durch Kissingers Bericht über Veranstaltungen im Herbst 1972 bestätigt. Damals suchten Gromyko und dann auch Breschnew den amerikanischen Außenminister vergeblich für eine Geheimabsprache darüber zu gewinnen, daß im Falle eines Ost-West-Krieges in Europa Kernwaffen nur gegen die Verbündeten der jeweils anderen Weltmacht, nicht aber gegen deren eigenes Gebiet eingesetzt werden sollten (H. Kissinger, *Years of Upheaval*, London 1982, S. 276—279).

VI. Westliche Bedrohungsoptionen gegenüber der UdSSR als Thema der westeuropäischen Friedensdiskussion

Es ist eine auffallende Erscheinung der gegenwärtigen Diskussion, daß die Frage, ob die UdSSR durch die vorgesehene westliche Flugkörperstationierung einer unzumutbaren Bedrohung ausgesetzt werde, eine wichtige Rolle spielt. Teile der westeuropäischen Öffentlichkeit folgen der sowjetischen Darstellung, daß Pershing 2 und Marschflugkörper die östliche Weltmacht mit der Gefahr eines westlichen Erstschlags konfrontierten. In aller Regel wird dies mit Hinweisen auf die kurze Flugzeit der Pershing 2 begründet: Nach dem Abschub der Rakete würde der UdSSR eine Warnzeit von drei, fünf oder sechs Minuten bis zum Einschlag verbleiben, so daß es zu keinerlei Gegenmaßnahmen mehr kommen könne. Die westliche Waffe würde ihre Ziele erreichen, ohne daß man sich dort vorher irgendwie zu schützen vermöchte und Vergeltungsschläge auszulösen in der Lage sei. Diese Argumentation läuft auf die These hinaus, die Sowjetunion unterliege damit der Drohung einseitig- Augenblicklichen Ausgeschaltetwerdens. Die sowjetische Fähigkeit zum Vergeltungsschlag — mithin zur Abschreckung der NATO — erscheint in Frage gestellt. Diese These ist nacheinander in verschiedenen Variationen geltend gemacht worden. Zuerst hieß es, der UdSSR drohe von Westeuropa eine schlagartige Zerstörung ihrer Interkontinentalwaffen, mit denen der amerikanische Urheber getroffen werden könne. Als die Befürworter der amtlichen westlichen Sicherheitspolitik einwandten, 108 Pershing 2 mit einer Reichweite von nur 1 800 km könnten unmöglich die weiträumig bis zur Beringstraße verteilten ca. 2 400 interkontinentalen Abschubplattformen der UdSSR oder auch nur die reichlich halb so vielen landgestützten Interkontinentalraketenstartgeräte (die zu ca. 90% östlich von Moskau stationiert sind) vernichten, änderte sich die Argumentation. Nunmehr erschienen die — weniger zahlreichen — sowjetischen Kommando-, Kontroll- und Kommunikationszentralen (K³) bedroht, die den Einsatz der nuklearstrategischen Systeme (einschließlich des „Backfire“ und der SS-20) steuern. Auch das erwies sich als unhaltbar: Die K³-Zentralen der UdSSR sind, wie sich herausstellte, nur zum geringen Teil in den westlichen Militärbezirken untergebracht und befinden sich in regionaler Zuordnung zu den entsprechenden Systemen überwiegend östlich der Wolga

und des Ural. Da kommt die Pershing 2 von vornherein gar nicht hin. Im übrigen betonen maßgebliche Militärexperten, daß aller Grund zu der Annahme bestehe, daß nicht nur die see-, sondern auch die landgestützten Raketen der UdSSR mit Zielprogrammen ausgestattet seien, auf die bei unterbrochener Verbindung zu den Leitzentralen zurückgegriffen werden könne. Die von ihnen ausgehende Gefahr wäre daher keineswegs gebannt, falls die Leitzentralen tatsächlich ausgeschaltet werden könnten.

Dieses Diskussionsergebnis hat eine nochmals veränderte Darstellung ausgelöst. Ausgangspunkt der Argumentation ist die These, daß die USA — im Gegensatz zur UdSSR — eine Strategie und Technik des nuklearstrategischen Erstschlags entwickelt hätten. Die kommende Generation der amerikanischen Interkontinentalraketen sei dazu bestimmt, einen Kernwaffenüberfall auf die Sowjetunion zu ermöglichen und diese dann mit einem Schlag nuklear wehrlos zu machen. In der Zwischenzeit, die bis dahin noch bleibe, wolle Washington diese Mission den Pershing 2 in Westeuropa übertragen. Dieses Waffensystem sei wegen seiner Verwundbarkeit im Kriegsfall kaum zu gebrauchen und biete sich daher nur für den Zweck eines plötzlichen Schlages gegen die sowjetischen Herrschafts- und Verwaltungszentralen mitten im Frieden an. Mit 108 Sprengköpfen, bei deren Abschub der anderen Seite keinerlei Reaktionszeit verbleibe, lasse sich das mühelos bewerkstelligen. Das amerikanische Kalkül (das freilich nur mit dem Hinweis auf eine vielleicht so deutbare kurze Artikel-Äußerung eines „consultant“ — also ein gelegentlich um Stellungnahmen und Kommentare gebetener Außenstehender — einer zweitrangigen Washingtoner Behörde belegt wird) sei, den Vielvölkerstaat UdSSR mittels „Enthauptung“ in seine Bestandteile zu zerlegen und so politisch wie militärisch zu paralysieren.

Gegen diese Darlegung sind zahlreiche Einwände erhoben worden. Die Erstschlagsdrohung, die im Falle der UdSSR beklagt werde, bestehe längst umgekehrt für Westeuropa. Die Pershing 2, so heißt es weiter unter Berufung auf die amtlichen Planungen der NATO, ist im Gegensatz zu den nur als Zweitschlagswaffe brauchbaren langsamen Marschflugkörpern auf eine die sowjetische Hauptstadt abschließende Reichweite begrenzt worden. Es

erscheint auch allen Kennern der zwischenstaatlichen Szene gleichermaßen unvorstellbar, daß irgendeine Führung — sei es nun die der USA, der UdSSR oder eines anderen Landes — einen nuklearstrategischen Schlagabtausch aus völlig heiterem Himmel (d. h. ohne vorangegangene Spannung und Krise) einleiten könnte. Ein Null-Risiko hätte niemand zu erwarten: Selbst wenn die Spitze einer Seite tatsächlich abgeschlagen wäre, bliebe eine umfangreiche nukleare Vergeltung nachgeordneter Stellen (die überdies nachfolgende Kernwaffenschläge befürchten müßten) sehr wahrscheinlich. Im sowjetischen Falle würde

das um so eher zu erwarten sein, als sich die Neue Klasse der Nomenklatura beim Zerbrechen ihrer inneren Herrschaft unmittelbar physisch bedroht sähe und daher keinen Anlaß zu nuklearer Zurückhaltung gegenüber dem Westen im Interesse gemeinsamen Überlebens mehr hätte. Gerade die Amerikaner, so wird weiter geltend gemacht, hätten seit jeher in besonderem Maße das Erfordernis betont, einen Gegner niemals bis zur Verzweiflung zu treiben und zugleich dessen politische Führungsinstitutionen als die allein friedensfähige Autorität auf der anderen Seite zu schonen.

Tabelle 1: Entwicklung des sowjetischen Mittelstreckenraketenpotentials 1977 bis 1983

Die sowjetische These, daß sich das Kräfteverhältnis durch die Einführung der SS-20 nicht wesentlich verändert habe, kann nur solange plausibel erscheinen, wie man allein nach Startgeräten zählt. Sobald man die Sprengköpfe einbezieht, entsteht ein anderes Bild.

	SS-20-Startgeräte	SS-20-Startgeräte in Europa (einschl. Uralgebiet)	SS-4/5-Startgeräte (nur in Europa)			Gesamtzahl der Systeme weltweit	Gesamtzahl der Sprengköpfe *) weltweit	Gesamtzahl der Systeme in Europa	Gesamtzahl der Sprengköpfe *) in Europa
			SS-4	SS-5	Summe SS-4/5				
1. 3. 1977					ca. 600	ca. 600	ca. 600	ca. 600	ca. 600
31. 12. 1977	10								
1. 5. 1978		60			560			620	740
31. 12. 1978	70								
1. 4. 1979	100				500	600	800		
31. 12. 1979	140								
1. 4. 1980		(> 150)			(450)			> 600	> 900
31. 12. 1980	200								
1. 4. 1981	> 220	> 160			450	> 670	> 1110	> 610	> 930
1. 7. 1981	ca. 250	175			380	ca. 630	ca. 1130	535	805
1. 11. 1981	250				350	600	1100		
31. 12. 1981	280	ca. 190	275	25	300	580	1140	ca. 490	ca. 870
1. 4. 1982	ca. 300	ca. 210	275	25	300	600	1200	ca. 510	ca. 930
1. 7. 1982	315	225	265	15(16)	280	595	1225	505	955
1. 3. 1983	333	234	232	16	248	581	1247	482	950
15. 6. 1983	351	243	232	16	248	599	1301	491	977
vermuteter sowjetischer Mittelstreckenraketen-Endstand	351**) 360-495***)	243			253	595	1279	496	982

*) Nur solche der ersten Salve gerechnet. Eine vorsichtige Schätzung veranschlagt eine zusätzliche Nachladekapazität gleichen Umfangs. Andere Schätzungen vermuten eine Nachladekapazität von bis zu dreifachem Umfang.

***) Anfang 1983 im Bau.

***) Expertenvermutungen (= Annahme von 8 bis 11 Raketendivisionen).

Quellen: Veröffentlichungen des Bundesministeriums der Verteidigung (für 1977-1981), Angaben des stellv. Pressesprechers L. Ruehl auf Pressekonferenzen (für 1981/1982), Publikation des US Department of Defense (für 1. 3. 1983), Angaben des sowjetischen ZK-Funktionärs V. Sagladin auf der Genfer Pugwash-Tagung vom 11./12. 12. 1981 (Hinweis auf vermuteten SS-20-Endstand in Europa), NATO-Einschätzungen lt. K. Feldmeyer in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. 3. 1983.

Tabelle 2: Sowjetische und westliche Angaben über die Zahl der Mittelstreckenwaffen*)

	In Europa stat. Startgeräte		Weltweit stat. Startgeräte		In Europa stationierte Sprengköpfe			Weltweit stat. Sprengköpfe (MIRV/Abstandswaffen)	
	SU-Angaben	NATO-Angaben	SU-Angaben	NATO-Angaben	SU-Angaben 1981**)	SU-Angaben 1983**)	NATO-Angaben	SU-Angaben	NATO-Angaben
1. NATO/US									
F-111***)	172	150		240	k. A.	(344)	150		240
FB-111	65	—		63	k. A.	(220)	—		63
F-4****)	246	—		—	k. A.	(246)	—		—
A-6	240	20		116	k. A.	(240)	20		116
A-7		40		164	k. A.		40		164
Summe 1	723	210		583	k. A.	(1 050)	210		583
2. GB + Frkr									
Polaris (GB) ¹⁾	64	64		64	k. A.	80 [240]	64		64
Vulcan (GB)	55	50		50	k. A.	(55 o. 110) [240]	50		50
SSBS-3 (F)	18	18		18	k. A.	96 [18]	18		18
MSBS-M (F) ¹⁾	80	80		80	k. A.	288 [80]	80		80
Mirage IV (F)	46	40		40	k. A.	(46) [98]	40		40
Summe 2	263	252		252	k. A.	(565 o. 620) [676]	252		252
Summe 1+2	986	462		835	ca. 1 500	(1 615 o. 1 670)	462		835
3. UdSSR									
SS-20	243	225		315	(243)	729	675		945
SS-5		15		15			15		15
SS-4	253	265		265	(253)	(253)	265		265
SS-N-5 ²⁾	18	18		40	(18)	(18)	18		40
Backfire		110		170			220		340
Badger	461				(461)	(461)	500		700
Blinder		500		700					
Summe 3	975	1 133		1 505	ca. 1 000	(1 461)	1 683		2 305

*) Bei den westlichen Angaben wurden diejenigen Kategorien berücksichtigt, die dem üblicherweise angewendeten Reichweitenkriterium (1 000—5 000 km) entsprechen. Zu den Zählkriterien s. Außenpolitik 34 (1983) 1, S. 31—44.

**) Zahlen in runden Klammern sind aufgrund von Hinweisen in sowjetischen Quellen erschlossen worden. Zahlen in eckigen Klammern: Angaben von Botschaftsrat Gremitschich in Saarbrücken am 9. 6. 1983 unter Berufung auf sowj. Generalstab.

***) Die FB-111 ist in den USA stationiert und wurde daher bei den westlichen Angaben für Europa nicht berücksichtigt.

****) Die F-4 hat einen Kampfradius von nur 700 km und wurde daher bei den westlichen Angaben nicht berücksichtigt.

¹⁾ = seegestützte Raketensysteme, die nach den SALT-Kriterien als Interkontinentalwaffen zu zählen sind

²⁾ = seegestütztes Raketensystem, das nach den SALT-Kriterien nicht als Interkontinentalwaffen zu zählen ist

Die sowjetischen Angaben über die Zahl der Startgeräte wurden im November und Dezember 1981 unterbreitet (Breschnew in: Der Spiegel vom 2. 11. 1981; V. Sagladin auf der Genfer Pugwash-Tagung am 11./12. 12. 1981). Die sowjetischen Sprengkopf-Angaben erfolgten seitens verschiedener Funktionäre im Frühjahr 1981 und während des Andropow-Vogel-Gesprächs am 12. 1. 1983. Die westlichen Angaben beziehen sich sämtlich auf den 1. 7. 1982.

VII. Rüstungsabstinz als Alternative zum Rüstungsgleichgewicht

Die Befürworter des Rüstungsgleichgewichts haben darauf hingewiesen, daß nur dort, wo die beiden Weltmächte und ihre Verbündeten ohne eine Option risikoloser Kriegführung einander unmittelbar gegenüberstehen, der Frieden erhalten geblieben ist. Das zeige sich besonders deutlich in Europa. In allen

anderen Regionen (d. h. in der Dritten Welt) hätten sich weder die Weltmächte und ihre Verbündeten noch andere Staaten als friedlich erwiesen. Auch der Umstand, daß die sowjetische Führung die Gebote der „friedlichen Koexistenz“ ausschließlich auf die Bereiche der wechselseitigen Abschreckung zwischen

Ost und West anzuwenden bereit sei, erweist nach dieser Ansicht die Richtigkeit der These vom Frieden durch Rüstungsgleichgewicht.

Derartige Hinweise auf geschichtliche Erfahrungen erscheinen einem wachsenden Teil der westdeutschen Öffentlichkeit nicht mehr überzeugend. Die paradoxe Logik, daß die für den Krieg bestimmten Waffen unter bestimmten Bedingungen auch den Krieg verhüten können, widerspricht dem unmittelbaren Gefühl und gilt daher als problematisch. „Die Versicherung, die Atomwaffen würden nie eingesetzt, ist unglaubwürdig: Zwar erfüllt die Bombe ihre Aufgabe nicht, wenn sie fällt, jedoch auch nicht, wenn es unmöglich ist, daß sie fällt, denn dann ist die Drohung leer. Sie erfüllt ihre Aufgabe nur dann, wenn die Katastrophe stets möglich ist, aber nie wirklich wird. Das ist keine verlässliche Grundlage für eine künftige Menschheitsgeschichte.“¹⁶⁾ Gefordert wird eine Friedenssicherung, welche die Möglichkeit des Krieges nicht voraussetzt, sondern von vornherein ausschließt.

Der Gedanke des Rüstungsgleichgewichts erscheint weiterhin vielfach mit Konfrontation und Verfeindung gleichbedeutend. Denn Gleichgewicht setzt die Definition eines Gegensatzpaares voraus, weil nur Gegenüberstehendes zu einem Verhältnis des Gleichgewichts gelangen kann. Auf diese Weise würden die antagonistischen Größen von Ost und West geradezu erst geschaffen oder zumindest verfestigt. Sie erklärten sich, um ihr jeweiliges Rüstern zu legitimieren, wechselseitig zu Quellen der Bedrohung und drängten sich damit in eine laufend zunehmende Konfrontation. Die Idee des Gleichgewichts scheint demnach auf der Idee der Gegnerschaft zu beruhen und die Grundlage einer Konfliktdynamik zu sein. Außerdem sei das Verhältnis wechselseitiger Abschreckung durch wettrüstensbedingte Instabilität gefährdet. Schließlich müsse man jedes — auch das geringste — Versagensrisiko der Kriegsverhütung im Einzelfalle auf die Länge der Zeit kumulieren — und da ergebe sich unter jeder Kriegswahrscheinlichkeitsannahme schließlich ein großes Risiko. Abschreckung könne daher nur eine „Gnadenfrist“ schaffen, nicht aber das Problem dauerhaft lösen.

Unverkennbar liegt dem Widerspruch gegen das Abschreckungssystem bei vielen — vor

allem bei christlichen Kritikern wie Carl Friedrich von Weizsäcker oder Erhard Eppler — ein starkes ethisches Motiv zugrunde. Man müsse sich dem „Wahnsinn des Rüstens“ entziehen, dem verketzerten Feind mit menschlichem Verständnis begegnen und nach allem, was das deutsche Volk früher getan habe, eine neuerliche Mitschuld an Krieg und Vernichtung vermeiden. Dabei wird — in begreiflicher Abscheu gegen die Furchtbarkeit der modernen Waffenarsenale — vorausgesetzt, daß ein Abbau der Rüstung schlechthin vom Krieg weg- und zum Frieden hinführe. Jedes Rüstern erscheint als ein unproduktives Bemühen, weil es weder wirtschaftlich wertvolle Güter hervorbringt noch der ökologischen Sicherung menschlicher Daseinsvoraussetzungen dient.

Die Argumente gegen die „Unsinnigkeit“ jedes Rüstens können nur dann Gültigkeit beanspruchen, wenn es eine praktikable Alternative gibt. In den radikalen Kreisen der Friedensbewegung ist man davon überzeugt, man könne getrost einseitig abrüsten, weil selbstverständlich alle Staaten und Regierungen an einer Befreiung von den Rüstungslasten interessiert seien und lediglich aus Furcht vor dem Risiko einseitiger Schritte bisher am Rüstern festgehalten hätten. Wenn einer die Initiative ergreife, werde das alle animieren. Andere Abrüstungsbefürworter sind vorsichtiger. Sie glauben nicht, daß man nach der Devise „Alles oder Nichts“ handeln könne, und betrachten das Abrüsten als einen längerdauernden Prozeß, den man gleichwohl jetzt vorbereiten und in Gang setzen solle. Man müsse gegenüber der anderen Seite die eigene Zurückhaltung beim Rüstern glaubhaft machen und deutliche Zeichen der Bereitschaft zu einem wachsenden Waffenverzicht setzen. Als richtiger Weg dazu erscheinen Rüstungsstopps und Teilverzichte, über deren Art und Umfang es freilich stark abweichende Auffassungen gibt.

Den Konzepten der Rüstungsabstinenz liegt eine gemeinsame Überzeugung zugrunde: Wer andere militärisch nicht bedroht, wird sich auch keiner militärischen Bedrohung ausgesetzt sehen. Die Auffassungsunterschiede betreffen nur die Frage, ob man den Übergang vom alten Abschreckungssystem zur neuen Sicherheitsordnung mit einem Schritt oder in differenzierterer Stufenfolge erreichen könne. Die grundsätzliche Zuversicht, daß es eine praktikable Alternative zum Rüstungsgleichgewicht gebe, nimmt unter den Abrüstungsbefürwortern mit zunehmendem

¹⁶⁾ P. Kern/H.-G. Wittig, Die Friedensbewegung — zu radikal oder gar nicht radikal genug?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, 33 (1983) 17, S. 33f.

der Nähe zur politischen Praxis ab. Carl Friedrich von Weizsäcker wendet sich zwar gegen das Abschreckungskonzept, macht aber zugleich seine Übereinstimmung mit dem Grundgedanken der Abschreckungslogik deutlich, daß Fähigkeiten zur militärischen Bedrohung der Paralisierung durch damit gekoppelte Fähigkeiten zur Gegenbedrohung bedürften. Man müsse mit dem Interesse der anderen Seite rechnen, „durch Drohung ihre Überlegenheit festzuschreiben“, so daß eigene Rüstungszurückhaltung keinen Verzicht der anderen Seite auf militärische Überlegenheit und auf offensive Versuche herbeiführen würde. Abrüstungsangebote hätten daher nur so weit eine Chance, ernsthaft gewürdigt zu werden, wie die Alternative dazu eine vom anderen „als bedrohlich empfundene militärische Verstärkung“ sei¹⁷⁾.

Erhard Eppler bekundet die Überzeugung, die Bundesrepublik Deutschland könne selbst dann, wenn sie ihre Neutralität erkläre und damit auf jede Bedrohungskapazität verzichte, nicht mit Freiheit von Bedrohung rechnen¹⁸⁾. Die Autoren des Palme-Berichts gehen zum einen davon aus, daß das Rüsten an sich eine Gefahr darstelle und daß der Frieden nur mittels Abrüstung zu erreichen sei, und fordern daher eine Wende zu konstruktivem Handeln in diesem Sinne, um „einen irreversiblen Prozeß zu initiieren, der, einmal in Gang gekommen, alle Nationen mitreißt, ihren Beitrag zum gemeinsamen Überleben zu leisten“. Zum anderen aber sind sie der Ansicht, daß die Existenz der Kernwaffen und das daraus für die Kriegführenden folgende unannehmbare Risiko es ausschließen, den Krieg „als ein Mittel zur Verfolgung nationaler politischer Ziele in Betracht zu ziehen“. Der Widerspruch zwischen beiden Auffassungen steht augenscheinlich in einem ursächlichen Zusammenhang mit der ausdrücklich erklärten Unfähigkeit der Palme-Kommission, die zentrale Frage nach den Gründen des nuklearen Wettrüstens zu entscheiden¹⁹⁾. Wenn nicht klar ist, daß das Rüsten schlechthin die Kriegsgefahr nach sich zieht, dann bleibt offen, ob Kriegsverhütung durch Abrüsten oder durch anderes Verhalten zu erreichen ist.

¹⁷⁾ C. F. von Weizsäcker, Die neuen Raketen gehören auf See, in: Die Zeit vom 22. 5. 1981.

¹⁸⁾ E. Eppler, Wege aus der Gefahr, Reinbek bei Hamburg 1981, S. 209.

¹⁹⁾ Der Palme-Bericht, Bericht der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit, Berlin (West) 1982, S. 17—20 (insbes. S. 23), 158, 34.

Diese Einschätzungsunsicherheit findet auch in den Aussagen des westdeutschen Kommissionsmitgliedes Egon Bahr deutlichen Ausdruck. Zwischen Ost und West soll ein Verhältnis „gemeinsamer Sicherheit“ entstehen, damit die Aufrüstung aufhört und der Gegner zum Partner wird. Dieses neuartige System beruht jedoch auf der durch die Abschreckung geschaffenen Gewißheit, daß es eine „gesicherte gegenseitige Vernichtung“ gibt und daß daher jeder seine „Sicherheit nicht vor dem Gegner, sondern nur noch mit ihm zu erreichen“ imstande ist²⁰⁾. Wovon ist demnach die Friedens- und Sicherheitswirkung zu erwarten — von einer weiterhin aufrechtzuerhaltenden Abschreckung oder von einem diese ablösenden neuen Verhältnis gemeinsamer Sicherheit? Im ersten Fall würde es sich um eine Fortsetzung der bisherigen Sicherheitsbeziehung handeln. Das würde aber auch im zweiten Fall gelten — oder die vorgesehene Gemeinsamkeit des sicherheitspolitischen Bemühens würde gefährdet, weil die zu einem friedlichen Zusammenleben zwingende Grundlage, die wechselseitige Unannehmbarkeit des Kriegsfallens, erschüttert wäre.

Die Auffassung, daß der Frieden in Europa durch Kopplung mit den sich wechselseitig abschreckenden Weltmächten USA und UdSSR gefördert werde, war bis in die siebziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland weithin unbestritten. Dann bildete sich jedoch die gegensätzliche Ansicht heraus, daß die Ankopplung der Klein- und Mittelmächte an die beiden Großen ein erhöhtes Kriegsrisiko nach sich ziehe. Den Weltmächten wird dann, weil sie das größte Militärpotential besitzen, auch die größte Kriegsneigung zugeschrieben. Als Beweis dafür deuten die Vertreter dieser Auffassung die militärischen Verwicklungen der Weltmächte in der Dritten Welt. Hier habe sich eine Spannungsregion entwickelt, die sich deutlich von dem Entspannungsbereich Europa (wo die Klein- und Mittelmächte einen stärkeren Einfluß hätten) abhebe. Demnach müssen die Europäer in West und Ost eine größere Distanz zu ihren jeweiligen Führungsmächten anstreben, um nicht in die Gefahr zu geraten, in nahöstliche oder andere kriegerische „Abenteuer“ der Großen

²⁰⁾ E. Bahr, Gemeinsame Sicherheit, in: Europa-Archiv, 37 (1982), 14, S. 421—430 (insbes. S. 422, 425f.). Vgl. auch die Ausführungen Bahrs vor dem Deutschen Bundestag, wiedergegeben in: Das Parlament vom 24./31. 7. 1972, S. 11.

hineingezogen zu werden. Die sowjetische Militärintervention in Afghanistan wird oft als augenfälliges Exempel bemüht. Diese Sicht ist mit einem inneren Widerspruch behaftet. Egon Bahr sieht das Heil Europas und vor allem Deutschlands in einer allmählichen Ablösung von den USA und der UdSSR, baut aber gleichwohl auf ein unerschütterliches Engagement der amerikanischen Abschreckungsmacht für die Sicherheit Westeuropas²¹⁾.

Die Philosophie der Rüstungsabstinenz besitzt eine große Variationsbreite. In den meisten Fällen gilt das Streben nicht generell der Abschaffung aller Waffen. Nur die Überschreitung bestimmter Rüstungsstände oder das Vorhandensein bestimmter Waffentypen erscheinen friedensgefährdend. Vor allem die nuklearen Arsenale werden als bedrohlich angesehen. Sie sollen entweder zur Verschrottung kommen oder aber durch die Schaffung entnuklearisierter Zonen an der Ost-West-Scheidelinie bzw. durch Verträge über den wechselseitigen Verzicht auf nuklearen Ersteinsatz entschärft werden. Derartige Empfehlungen werden oft — so von Egon Bahr und Gerard Smith — mit der Konsequenz einer konventionellen Mehrrüstung verbunden, damit ein militärisches Ungleichgewicht, das bislang durch die Fähigkeit zur nuklearen Abschreckung kompensiert worden ist, künftig auf dem weniger gefährlich erscheinenden Feld der konventionellen Streitkräfte ausgeglichen wird. Die Überzeugung, daß man vor allem die Kernwaffen bekämpfen müsse, erscheint unmittelbar plausibel. Es handelt sich dabei um die fürchterlichsten Vernichtungsinstrumente, die bisher eingesetzt worden sind.

Wenn die Kernwaffenarsenale und die darauf beruhende Abschreckung aufgegeben würden, könnte ein Krieg in Europa wieder führbar erscheinen. Dieser Konsequenz ist sich vor allem die Denkschule um Carl Friedrich von Weizsäcker bewußt. Weizsäcker-Schüler wie Horst Afheldt, Jochen Löser und Alfred Mechttersheimer haben dementsprechend für eine konventionelle Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland plädiert. In Übereinstimmung mit den friedensethischen Forderungen Carl Friedrich von Weizsäckers be-

kennen sie sich dazu, daß die militärischen Vorbereitungen und Planungen niemandem die Perspektive eines unannehmbaren Schadens zumuten dürften. Das ist logisch stimmig: Sobald man sich nicht mehr an dem Ziel der Kriegsverhütung, sondern an der Eventualität der Kriegführung orientiert, muß die Minimierung statt der Maximierung des Risikos das oberste Gebot sein. Das Ergebnis dieser Vorgaben sind Entwürfe für eine „alternative Verteidigung“, bei der unter Verzicht auf jede offensiv verwendbare Technologie dem angreifenden Gegner ortsfester Widerstand entgegengesetzt werden soll. Diese Überlegungen sind wesentlich als Ausdruck einer „neuen sicherheitspolitischen Moral“ zu werten.

Einen noch weiterreichenden Verzicht auf eine militärische Gegenbedrohung der UdSSR bietet das Modell der „sozialen Verteidigung“ an, das seit den sechziger Jahren von Theodor Ebert propagiert wird. Allerdings hat sich seither die Funktion, die ihm zugewiesen wird, weithin gewandelt. Ursprünglich handelte es sich um ein Konzept, das erklärmaßen im Falle eines östlichen Angriffs die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gewährleisten sollte. Dementsprechend hieß es, der eindringende Gegner solle auf dem einhelligen gewaltfreien Widerstand einer dafür vorbereiteten Bevölkerung treffen. Kritiker stellten unter anderem die Prämisse einer monolithischen Geschlossenheit gegenüber einer rücksichtslos handelnden Besatzungsmacht in Frage und hoben die Kontrollmöglichkeiten der Besetzer angesichts einer von wenigen zentralen Versorgungseinrichtungen abhängigen Bevölkerung hervor²²⁾. Daraufhin ist mittlerweile meist davon die Rede, daß die Strategie der sozialen Verteidigung gegebenenfalls gegen die Amerikaner anzuwenden sei oder daß sie als erfolgversprechende Verhaltensweise bei Straßenausinandersetzungen mit landeseigenen Polizeikräften gelten könne.

²²⁾ Vgl. das Referat von T. Ebert und seine Diskussion in: Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung, Bd. 1/1971: Bedrohungsvorstellungen als Faktor der internationalen Politik, Düsseldorf 1971; K. Sontheimer, Soziale Verteidigung — Eine Alternative zur militärischen Verteidigung?, in: H.-J. Veen (Hrsg.), Argumente für Frieden und Freiheit, Melle 1983, S. 131—136.

²¹⁾ E. Bahr, a. a. O. (Anm. 20), S. 428.

VII. Die öffentliche Auseinandersetzung mit den Rüstungsabstinentzthesen

Der Widerspruch gegen das Abschreckungssystem beruht auf der Voraussetzung, daß man sich in einer Periode mehr oder minder wahrscheinlicher Kriegführung befinde und daher nach der Anwendungsmöglichkeit der laufend perfektionierten Waffen fragen müsse. Nach Ansicht der Rüstungsgleichgewichtsbefürworter ist diese Perspektive der entscheidende Irrtum der Abrüstungsverfechter: Nicht die Waffen brächten die Konflikte hervor, sondern bestehende Konflikte zögen Rüstung nach sich. Man zäume das Pferd vom Schwanz her auf, wenn man das Bewirkte zum Bewirkenden erkläre. Auf diese Weise mache man sich in einem Konflikt, welcher der Bedingung möglichen Waffengebrauchs unterliege, einseitig wehrlos. Die Argumentation, die Risiken aufeinanderfolgender Kriegsverhütungen summierten sich und führten schließlich zum Kriegsausbruch im x-ten Falle, trifft auf doppelten Widerspruch. Zum einen heißt es, was könne man denn tun, als den — in jedem System konfliktgetrennter Staaten grundsätzlich möglichen — Krieg zu verhüten? Ein System, das die Möglichkeit des Krieges selbst zur Austragung von Konflikten zuverlässig ausschließe, gebe es nicht. Zum anderen aber gehe es nicht um den immer wieder erneuerten Austausch von Akten der Bedrohung und Gegenbedrohung (manifeste Abschreckung), sondern um eine Beziehungsstruktur wechselseitig sich lahmlegenden Bedrohungsoptionen (latente Abschreckung). Dies sei ein System, das den Abschluß zum Krieg so wirksam wie möglich bremse und demgemäß friedliche Konfliktaustragung nahelege.

Die Vorstellung, daß Abrüstung stets gleichermaßen dem Interesse aller Seiten entspreche, betrachten die Gleichgewichtsbefürworter als zweifelhaft. Nur defensive Bedrohungsbewehr, nicht aber Machtbehauptung und Machtdurchsetzung auf Kosten anderer fänden in diesem Weltbild Platz. Dementsprechend fehle jede Überlegung, inwieweit die Existenz bestimmter Risiken mäßigend auf das Verhalten einer Seite wirken könnte. Ebenso bleibe unberücksichtigt, daß es Bedrohungsvorstellungen geben könne, die nicht durch Militärpotentiale verursacht seien. Dieser Überlegung scheint gerade im Verhältnis zur UdSSR große Wichtigkeit zuzukommen: Die westlichen Staaten bilden wegen ihrer at-

traktiveren Herrschafts-, Wirtschafts- und Sozialordnung für die Gesellschaften der sowjetkommunistischen Länder auch dann eine latente Gefahr, wenn man die militärischen Faktoren außer Betracht läßt. Die sowjetischen Aussagen über die Rolle des Ideologischen in der Politik und über ein umfassend zu verstehendes Kräfteverhältnis werden als Belege für die These zitiert. Des weiteren gilt die Erfahrung der siebziger Jahre, als die meisten NATO-Staaten, vor allem die USA, den Verteidigungsaufwand senkten, während die UdSSR unbeirrt ca. 5 Prozent jährlich zulegte, als schlagender Beweis dafür, daß ein Abgehen von eigenem Rüsten keineswegs zur Nachahmung auf der anderen Seite führe. Eher sei das Gegenteil der Fall: Wer dem anderen durch Rüstungsverzicht die Möglichkeit biete, mühe- und risikolos militärische Überlegenheit zu gewinnen, schaffe einen besonderen Anreiz zur Fortsetzung des Rüstens.

Eine allmähliche Dämpfung und schließliche Beendigung der Rüstungsprozesse wird von der demonstrierten eigenen Fähigkeit erwartet, die militärische Rivalität mit der anderen Seite auszuhalten und zu bestehen. Erst wenn die sowjetische Führung erkenne, daß alle ihre Rüstungsbemühungen gleichwertig erwidert werden und daher niemals zu Vorteilen für die UdSSR führen können, werde ihr das Streben nach militärischer Überlegenheit und sicherheitspolitischer Abkopplung in Europa aussichtslos erscheinen. Dann könnten die NATO-Staaten damit rechnen, daß die wirtschaftlichen Knappheitsgesichtspunkte in Moskau den Vorrang erhielten und demgemäß das Wettrüsten zum Abschluß komme. Die Idee, daß die westliche Seite im geeigneten Augenblick die UdSSR mit Abrüstungsvorgaben locken könnte, wird bei diesem Konzept keineswegs ausgeschlossen. Allerdings erscheinen zwei Voraussetzungen erforderlich: Die andere Seite müsse zunächst einmal vom Willen und der Fähigkeit des Westens überzeugt sein, einen Rüstungswettlauf notfalls mitzumachen, und die westlichen Abrüstungsvorgaben müßten sich darauf beschränken, symbolisch eine Bereitschaft zu militärischer Mäßigung gegenüber der UdSSR zu signalisieren, ohne wirkliche Sicherheits einbußen nach sich zu ziehen und damit so-

wjetische Hoffnungen auf einseitige westliche Abrüstung zu nähren.

Die Veröffentlichungen, auf die sich die Entkopplungsbefürworter berufen, erscheinen den Vertretern der Gleichgewichtsphilosophie in einem ganz anderen Licht. Wenn die Dritte Welt zu einer Region besonderer politischer und militärischer Spannungen geworden sei, so lasse sich dies nicht auf eine spezielle Unfriedlichkeit der beiden Weltmächte zurückführen. Vielmehr spiegele sich darin die kriegsverhindernde Wirksamkeit des Abschreckungssystems. Bei Ausbruch des Kalten Krieges in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre sei der Ost-West-Konflikt eindeutig das explosivste Spannungsfeld gewesen und jedermann habe infolgedessen einen Krieg in diesem Bereich für am wahrscheinlichsten erachtet. Diese Einschätzung sei auch insoweit richtig gewesen, als es auf dem Schauplatz der unmittelbaren Ost-West-Spannung, in Europa, mehrfach zu akuten Krisen gekommen sei, die um Haaresbreite in den Krieg hineingeführt hätten. Aber nur um Haaresbreite. Wie sich beispielsweise an der Berliner Blockade von 1948 bis 1949 zeigen lasse, seien beide Seiten zwar bereit gewesen, bis an den Rand des Krieges zu gehen, hätten aber zugleich sorgfältig jede Möglichkeit ausgeschlossen, daß der Krieg tatsächlich ausbreche. Dementsprechend sei es seither in allen Teilen der Welt, nur nicht auf den Feldern unmittelbarer Ost-West-Berührung, zu Kriegen gekommen. Die Logik der Mäßigung an denjenigen Stellen, an denen sich die USA und die UdSSR direkt gegenüberstehen, sei durch die Modus-vivendi-Regelungen Anfang der siebziger Jahre politisch bestätigt worden. Beide Weltmächte legten größten Wert darauf, Situationen potentieller Direktspannung zwischen sich zu entschärfen.

Die kriegsverhütende Abschreckung, welche die Befürworter des Rüstungsgleichgewichts für den entscheidenden Friedensfaktor halten, setzt die Existenz nuklearstrategischer Instrumentarien voraus. Nur weitreichende Waffen mit unannehmbar großer Wirkung erscheinen zuverlässig und dauerhaft geeignet, allen beteiligten Seiten den Eindruck zu vermitteln, daß im Krieg alle Kosten-Nutzen- bzw. Risiko-Chance-Kalküle nicht aufgehen werden und daß daher der Krieg in jedem Falle zu vermeiden ist. Die nuklearstrategischen Arsenale sind insbesondere geeignet, die kriegsentscheidenden Weltmächte in den Holocaust der Vernichtung miteinzubeziehen, den ein mit ihrem Willen zustande kom-

mender Ost-West-Konflikt nach sich ziehen würde. Aus diesen Gründen wäre es nach Ansicht der Gleichgewichtsbefürworter für den Frieden gefährlich, wenn man die Kernwaffen aus Europa verbannen wollte. Das Ergebnis wäre, daß die zwar weniger zerstörerischen, zur Vernichtung der europäischen Gesellschaften aber immer noch ausreichenden anderen Waffensystemen wieder anwendbar würden.

Die von Dieter Senghaas aufgestellte und später von anderen variierte These, daß Rüstungsdynamik bedeute und zu wachsender Verfeindung führe, stößt bei den Gleichgewichtsbefürwortern auf Einwände. Die Entwicklung seit den sechziger Jahren, so heißt es, zeige das genaue Gegenteil. Nachdem den beiden Weltmächten in der Kuba-Krise die Gefährlichkeit ihres politischen Konfrontationsverhältnisses voll bewußt geworden sei, hätten sie sich in wachsendem Maße um krisen- und kriegsvorbeugende Konfliktschärfung bemüht. Die Entspannung, die zu Beginn der siebziger Jahre zur Entfaltung gelangt sei, lasse sich als direkte Konsequenz des Bestrebens verstehen, den durch wechselseitige Abschreckung geschaffenen Zustand der Kriegsverhütung im Ost-West-Verhältnis umfassend zu sichern. Diese Maxime gelte auch heute noch; Reagan und Andropow seien gemäß den im Vier-Mächte-Abkommen getroffenen Regelungen nach wie vor an der Ruhe in Berlin interessiert und seien in diesem Sinne Entspannungspolitiker.

Allerdings sei seit Mitte der siebziger Jahre ein neuer Faktor in die Ost-West-Beziehungen eingetreten. Die sowjetische Führung suche der Abschreckung zwischen beiden Weltmächten die Wirkung für den europäischen Schauplatz zu nehmen. Der Kreml lasse den Grundsatz der gleichen Sicherheit für die USA und die UdSSR gelten, weil er wisse, daß in der global-strategischen Beziehung zu den Amerikanern keine militärische Überlegenheit zu gewinnen sei. Der Versuch, das Gleichgewicht der Abschreckung auszuhebeln, werde daher auf Europa beschränkt, weil da einer militärischen Überlegenheit der UdSSR nur die sicherheitspolitische Kopplung zwischen den USA und den westeuropäischen Staaten im Wege stehe. Folgerichtig gelte das sowjetische Bemühen dem Versuch, eine Entkopplung zwischen Nordamerika und Westeuropa — etwa durch Ausschaltung einer koppelnden euro-strategischen Kapazität der USA — zu erreichen. In der Sicht der

Gleichgewichtsbefürworter ist es natürlich, daß die sowjetische Attacke gegen ein wesentliches Element des Abschreckungssy-

stems notwendig auch die auf der Basis der Abschreckung erreichte Entspannung in Mitleidenschaft zieht.

VIII. Fazit

In der gegenwärtigen Diskussion geht es um die Frage nach den konzeptionellen Grundlagen der Sicherheitspolitik. Plädoyers für Rüstungsgleichgewicht und Rüstungsabstinenz stehen einander gegenüber. Was die eine Seite unter dem Gesichtspunkt, daß der Ost-West-Krieg in dem gegebenen Kontext politischer und militärischer Rivalität verhindert werden soll und verhindert werden kann, für notwendig erklärt, sieht die andere Seite gemäß der Prämisse einer unmittelbar drohenden Kriegsgefahr als unerträglich an: die Bereitstellung weiterer kriegsverwendungsfähiger Mittel. Dahinter stehen zwei unterschiedliche Vorstellungen über die primäre Bedrohung. Besteht die entscheidende Gefahr für Westeuropa in einer von den militärischen Vernichtungsmitteln ausgehenden Dynamik oder in einer durch einseitige militärische Schwäche bedingten Unfähigkeit zur Selbstbehauptung gegenüber der UdSSR?

Die Befürworter des Rüstungsgleichgewichts wenden an diesem Punkt normalerweise ein, daß die beiden gegensätzlichen Ansichten sich nicht wechselseitig ausschließen. Der Gedanke des Rüstungsgleichgewichts setze — anders als der Gedanke der Rüstungsstärke — ein Ernstnehmen beider Gesichtspunkte voraus. Der Sozialwissenschaftler Robert Jervis hat dargelegt, daß die Abschreckungstheorie und ihr Gegenteil, die Aufschaukelungstheorie, nebeneinander bestehen können und müssen. Von dem Ausnahmefall abgesehen, daß man sich auf ein nur antagonistisches Verhältnis einzustellen habe, sei es sinnvoll, Herausforderungen mit

einer Mischung von risikoschaffender Macht und chancenbietender Kooperationsbereitschaft zu beantworten²³).

Politische Praktiker haben es immer wieder für notwendig gehalten, die Gefahren sowohl eines ungebremsen Rüstens als auch eines Verlustes an Selbstbehauptungsfähigkeit zu meistern. Helmut Schmidt hat es zur Pflicht des Staatsmannes erklärt, sein Land und dessen Bewohner „vor einer Lage zu bewahren, in der man nur noch zu wählen hätte zwischen ‚rot‘ oder ‚tot‘, will heißen zwischen Unterwerfung oder Verteidigung“. Wenn man dies erreichen wolle, dürfe man die geschichtliche Erfahrung mit den Imperialismen eines Hitler oder eines Stalin nicht beiseite lassen. Man habe daher für ein Gegengewicht zu bedrohender Macht zu sorgen. Zugleich aber müsse man „die Interessen des anderen verstehen, mit ihm zusammenarbeiten und sich mit ihm auf dem Wege des Kompromisses ... verständigen“²⁴). In gleichem Sinne hat sein Nachfolger, Helmut Kohl, für eine verantwortungsethisch motivierte Gleichgewichtspolitik plädiert, welche die Bereitschaft zur Gegenrüstung und Selbstbeschränkung gleichermaßen in sich schließe²⁵).

²³) Vgl. R. Jervis, *Perception and Misperception in International Politics*, Princeton (N. Y.) 1976, S. 58—113.

²⁴) Interview von H. Schmidt mit der Zeitschrift „Evangelische Kommentare“ vom 4. 4. 1981, zitiert nach: Stichworte zur Sicherheitspolitik, (1981) 4, S. 8—11.

²⁵) H. Kohl, *Die Folgen bedenken*, in: H.-J. Veen, a. a. O. (Anm. 22), S. 91—95.

Risikofreie Induktion als Friedensstrategie

Anmerkungen zu Daniel Frei, Friedenssicherung durch Gewaltverzicht?, in: B 15-16/83

Daniel Frei hat in seinem wichtigen und interessanten Aufsatz ein Problem zur Diskussion gestellt, das selten Aufmerksamkeit findet: die Strategie des Friedens. Frei hat sich insbesondere mit drei Konzepten beschäftigt: der einseitigen Abrüstung, der sozialen Verteidigung und dem Gradualismus. Er hat eine beachtliche Menge von Kriterien entfaltet, die Daten dazu bereitgestellt und mit beidem die drei Strategien evaluiert. Sie bestätigen — teils überraschend, teils erwartet —, daß die einseitige Abrüstung dysfunktional und die Soziale Verteidigung, wenn überhaupt, eine innenpolitisch brauchbare Strategie ist. Die Strategie des Gradualismus hingegen „erweist sich... in knapp der Hälfte aller Fälle als wirksam“ (S. 22). Der Gradualismus zeigt sich damit als die einzige existierende Strategie, mit der sich Erfolge in der Friedenssicherung erzielen lassen. Allerdings liegt, wie Frei festgestellt hat, die Erfolgsrate unter 50 %. Dazu würde ich gerne eine Anmerkung beisteuern.

Die Hoffnungen der Gradualisten auf „einen durch eine inhärente Dynamik angetriebenen und sich gewissermaßen selbsterhaltenden Prozeß der Entspannung“ wurden wie Frei notiert, dementsprechend teilweise enttäuscht. Freundlichkeit hat sich nicht als der Selbstläufer erwiesen, der auf der Gegenseite automatisch Freundlichkeit erzeugt. Das Ergebnis ist sicher richtig, hängt aber doch von zwei nicht näher explizierten Voraussetzungen ab. Erstens ist offensichtlich unter Gradualismus eine Politik der freundlichen Offerten verstanden worden, des einseitigen Anspielens von Kooperation im Sinne einer einseitigen Vorleistung. Zweitens wird Konflikt als eine monokausal verursachte und dementsprechend homogen strukturierte Erscheinung verstanden, die auf eine Strategie reagiert oder nicht reagiert. Beide Voraussetzungen sind jedoch nicht zwingend. Der Gradualismus ist noch nicht die durchgearbeitete und ausgefeilte Strategie, die er zu sein verdient. Es fehlt gerade hier an systematischer Erörterung. Das gleiche gilt für den Konfliktbegriff.

Frei stützt sich bei seiner Darstellung des Gradualismus auf Osgood und, vor allem, Etzioni, die, als Väter der Strategie, sie als eine Politik der kleinen Schritte des Entgegenkommens konzipiert haben. Die Chance einer solchen Strategie ist besonders groß im atmosphärischen Bereich, dort wo es nicht um die eigentliche Konfliktspannung, sondern um aufgesetzte, sozusagen um zusätzliche Spannungen geht. Sie verbessert das Klima, erzeugt einen „Geist von Camp David“. Ob sie die Konfliktsubstanz verändert, etwa Aufrüstung vermindern kann, steht auf einem ganz anderen Blatt. Konfliktverhalten und, insbesondere, Aufrüstung werden von einer Dynamik angetrieben, die aus dem Wettbewerb stammt. Er diktiert die Notwendigkeit, stärker zu sein und mehr zu gewinnen als der Gegner. Das Ziel der Sicherheit, das hierbei meistens aktiviert wird, ist außerordentlich sensibel und nur durch Maximalleistungen zufriedenzustellen. Auch verändern Konflikte den Aufbau der Entscheidungsprozesse, berühren die Verteilung von Macht und Einfluß in einer Gesellschaft. Hält der Konflikt über längere Zeit an, entsteht daraus eine Struktur, die sich durch freundliche Gesten nicht ohne weiteres beeinflussen oder gar abbauen läßt.

In der Spieltheorie, von der auch der Gradualismus lebt, sind die Konsequenzen daraus sehr viel deutlicher gezogen worden. Eine erfolgversprechende Strategie stellt sich hier dar als eine Kombination von Offerte und Sanktion, von Vorteilsangebot und Bestrafung. In der Verbindung dieser beiden Elemente entsteht eigentlich erst der Induktionscharakter der Strategie. Warum?

Blieben wir auf dem Gebiet von Rüstung und Rüstungskontrolle. Rüstung wird angetrieben durch das Ziel der Sicherheitsgewährleistung mittels Vorteilerringung. Deswegen folgt auf jede — auch schon die antizipierte — Aktion des Gegners die eigene Reaktion. Wer diese Dynamik unterbrechen will, darf sie nicht vernachlässigen. Er muß dem Gegner vermitteln, daß er durch Abrüstung bzw. Rüstungsminderung den angestrebten Vorteil besser

realisieren kann als durch Aufrüstung. Dazu muß eine Offerte unterbreitet werden, die, risikofrei für den Anbieter, den Gegner bewußt besser stellt als zuvor, ihm einen Rüstungsvorteil einräumt. Was der Gegner bisher durch Aufrüstung zu erlangen suchte, wird ihm hier angeboten, wenn er seine Rüstung mindert. Dieser Anreiz ist sicherlich ziemlich groß, reicht aber nicht aus. Denn der Gegner könnte noch immer versucht sein, seinen Sicherheitsvorteil auf dem Wege der Aufrüstung anzustreben und die Offerte zu vernachlässigen. Dieser Ausweg muß ihm verstellt werden durch die Sanktionsandrohung einer eigenen Aufrüstung, die den Gegner, falls er die Offerte nicht annimmt, schlechter stellen wird, als er sich zur Zeit des Angebotes befand. Erst diese Hinzufügung einer Sanktionsandrohung erzeugt einen Antrieb zur Rüstungsminderung, der der Dynamik der Aufrüstung vergleichbar ist. Sie wirkt ja, weil nur die Aufrüstung die Anforderung nach Sicherheit zu erfüllen vermag; einen anderen Ausweg gibt es nicht. Deswegen muß die Androhung einer Bestrafung den Aufrüstungsausweg verbauen. Nur dann bleibt Rüstungsverminderung, Abrüstung als reale Möglichkeit offen, einen Vorteil gegenüber dem Anbieter zu erlangen. Die einzige Möglichkeit, die Anforderung nach Sicherheit zu erfüllen, führt dann in die Rüstungsminderung.

Der Sanktionsteil gehört als elementar in eine Strategie der risikofreien Induktion hinein. Deren Kern liegt nach wie vor in der Offerte, in der im eigenen Verhalten ausgedrückten Einladung an den Gegner, sich auf die Konfliktminderung einzulassen. Erst die Sanktionsandrohung für den Fall der Verweigerung aber stattet diese Strategie mit der Dynamik aus, die sie braucht, um die Tradition, die Routine der ‚standard operation procedur‘ zu durchbrechen.

In diesem Sinne müßte der Gradualismus als Strategie der Risikofreien Induktion ergänzt und präzisiert werden. Erst dann wird er erfolgreich zur Friedenssicherung eingesetzt werden können, weil er die Antriebs-elemente der klassischen Eskalationsstrategien ebenfalls aufweist, sie aber in ihrer Richtung umkehrt.

Der Erfolg hängt freilich davon ab, daß es gelingt, auch die zweite implizite Voraussetzung des Gradualismus in ihrer bisherigen Form aufzulösen. Konflikte enthalten Positionsdifferenzen, die auf beiden Seiten mehrfach geschichtet sein können. Im Ost-West-Konflikt, beispielsweise, haben wir es mit ei-

nem originären Konflikt zwischen zwei antagonistischen Gesellschaftsordnungen zu tun, ferner mit einem daraus folgenden sekundären Konflikt um die Machtanteile von Liberalismus und Kommunismus in der Welt, mit einem abgeleiteten Rüstungskonflikt, der mit dem originären Konflikt so gut wie nichts zu tun hat, und schließlich mit dem aus dem Sicherheitsdilemma resultierenden, auf Verteidigung gerichteten Konflikt, der ein beträchtliches Maß an Rüstung impliziert. Risikofreie Induktion als Strategie wird den originären Konflikt kaum beeinflussen, höchstens darauf hinwirken können, daß sein Austrag immer wieder auf die Felder von Politik und Wirtschaft verwiesen wird. Dies gilt auch für den sekundären Konflikt um die Machtverteilung zwischen Kommunismus und Liberalismus. Der aus dem Sicherheitsdilemma stammende Rüstungsteil aber steht einer risikofreien Induktion offen, wenn auch nur begrenzt. Dieser Konflikt entstammt im wesentlichen der Struktur des internationalen Systems, die sich strategisch wohl abschwächen, aber nicht aufheben läßt. Am ehesten eignet sich der abgeleitete Konflikt der Rüstungsdynamik für eine solche Strategie. Das mindert nicht ihren Wert, besonders nicht im Ost-West-Konflikt, in dem der abgeleitete Konflikt der Rüstungsdynamik einen überproportionalen und hochgefährlichen Wert angenommen hat. Es macht aber klarer, was die Strategie zu leisten vermag und was nicht.

Es macht auch deutlicher, auf welche Teilziele die risikofreie Induktion gerichtet sein muß. Um sie zu erläutern, muß die Sprache genauer werden. Der Ost-West-Konflikt setzt sich dann zusammen aus den Beziehungen, die zwischen den politischen Systemen, zwischen den gesellschaftlichen Umfeldern, zwischen politischen Systemen und den gesellschaftlichen Umfeldern der Umwelt verlaufen, sowie vor allem auch aus den auf diese Beziehungen gerichteten Anforderungs-Umwandlungsbeziehungen zwischen den jeweiligen politischen Systemen und ihren gesellschaftlichen Umfeldern. Gerade diese letzteren Beziehungen müßten von einer Strategie der risikofreien Induktion erfaßt werden, wenn sie wirksam werden soll. Sie produzieren beträchtliche Antriebe der Rüstungsdynamik. Aufrüstung fordert bestimmte Produktionszweige, bestimmte Eliten, befriedigt Nachfragen nach Einfluß und Macht. Sie stammen nicht nur aus dem Militär und den einschlägigen Bereichen der Wirtschaft, die hier als Stellvertreter für alle interessierten Gruppen

genannt werden. Um wirksam werden zu können, muß die Strategie der risikofreien Induktion andere Gruppen und Nachfragen im gesellschaftlichen Umfeld des gegnerischen politischen Systems entdecken und befördern. Dies können in der Regel nur Anforderungen sein, die sich im wirtschaftlichen Bereich auf mehr produktive Investitionen und mehr privaten Konsum richten, im politischen Bereich auf Pluralismus, Demokratie und Partizipation. Es kann sich natürlich nicht darum handeln, diese Gruppen interventionistisch von außen anzusprechen und zu aktivieren. Vielmehr geht es ausschließlich darum einzusehen, daß die Veränderung der internationalen Umwelt, die die Politik der risikofreien Induktion anstrebt, wegen der engen Verklammerung mit dem gesellschaftlichen Umfeld dort notwendig auch Folgen hinterläßt. Sie müssen mitbedacht und antizipatorisch in der

Anlage der gradualistischen Strategie reflektiert werden.

Löst man in dieser Weise die beiden Voraussetzungen, die in Freis Analyse der Ergebnisse des Gradualismus eingegangen sind, auf, so lassen sich die zukünftigen Erfolgchancen einer Strategie der risikofreien Induktion mit Sicherheit höher veranschlagen als die des bisher geprüften Gradualismus. Freilich gibt es diese neue Strategie noch nicht, sie konnte — und kann — daher nicht in der Vergangenheit überprüft werden. Sie kann nur in Gegenwart und Zukunft entwickelt und angewendet werden. Angesichts des sich beschleunigenden Rüstungswettlaufs und der daraus resultierenden Gefahren ist dies eine höchst aktuelle Aufgabe. Daniel Frei kommt das Verdienst zu, dies allen Politikern und Politologen deutlich vor Augen gestellt zu haben.

Eckardt Opitz: Die sicherheitspolitische Diskussion in den politischen Parteien 1949—1955

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35/83, S. 3—18

Bei allen politischen Parteien hat die Frage der Wiederbewaffnung eine zentrale Rolle gespielt. Auch im Lager der Regierungsparteien hat es Ansätze zur Kritik am Kurs der Adenauerschen Sicherheitspolitik gegeben.

In der CDU waren es Politiker wie Jakob Kaiser, die mit der Forderung, die Wiedervereinigung müsse unbedingten Vorrang vor jeder anderen außenpolitischen Orientierung haben, eine alternative Haltung dokumentierten. Da sie aber darauf verzichteten, eine innerparteiliche Opposition zu begründen, blieb ihr Einfluß gering. Auch Gustav Heinemanns Entscheidung, das Bundeskabinett zu verlassen und sich damit von Inhalt und Stil der Außen- und Sicherheitspolitik des Bundeskanzlers zu distanzieren, hatte in der CDU/CSU keine Sogwirkung, da sich der evangelische Arbeitskreis von den Ansichten Heinemanns, Niemöllers u. a. nachhaltig abgrenzte und beschloß, den Regierungskurs zu unterstützen. Ansätze zum Widerspruch, die aus der Jungen Union kamen, konnten durch Einwirken der Parteiführung ebenfalls zurückgedrängt werden. Adenauers Autorität war in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik nach 1952 unbestritten. Der Partei kam nur noch die Aufgabe zu, den Regierungskurs in der Öffentlichkeit zu propagieren.

Die FDP konzentrierte sich von Anfang an auf strukturelle und qualitative Probleme künftiger deutscher Streitkräfte, nachdem sie zuvor nachhaltig für die moralische und soziale Rehabilitierung ehemaliger Soldaten eingetreten war. Die Generallinie der Außenpolitik des Bundeskanzlers wurde von den Liberalen vorbehaltlos mitgetragen.

Die uneingeschränkte Rehabilitierung der Wehrmachtssoldaten und die Betonung der nationalen Komponente beim künftigen deutschen Kontingent im Rahmen der EVG war das propagandistische Hauptziel der DP, die ansonsten weitgehend Abstinenz in außenpolitischer Hinsicht übte.

Die Haltung der SPD zur Wiederbewaffnung war durchweg ambivalent. Die Ablehnung der Adenauerschen Westintegrations- und Wiederbewaffnungspolitik schwankte allerdings je nach taktischem Kalkül in ihrer Intensität. Nur sehr zögernd konnte sich die Partei- und Fraktionsführung dazu durchringen, an der Gestaltung der künftigen deutschen Streitkräfte mitzuwirken, nachdem die Aussichten, den Wehrbeitrag ganz zu verhindern, um die Wiedervereinigung nicht zu gefährden, sich als wenig realistisch erwiesen. Die vor allem von Fritz Erler verfolgte Neuorientierung (Formel: „für den Fall, daß...“) wurde vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund nachhaltig unterstützt.

Gerhard Wettig: Die aktuelle sicherheitspolitische Diskussion

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35/83, S. 19—35

Die aktuelle breite sicherheitspolitische Diskussion in der Öffentlichkeit rührt wesentlich daher, daß der Friede zwischen Ost und West für viele inzwischen gefährdet erscheint. Die Ansichten darüber, worauf dies zurückzuführen ist und welche Abhilfe geschaffen werden könnte, weichen jedoch stark voneinander ab und sind häufig sogar gegensätzlich.

Dargestellt werden die drei grundlegenden Sicherheitsphilosophien, die sich mit den Thesen „Sicherheit durch Rüstungsstärke“, „Sicherheit durch Rüstungsgleichgewicht“ und „Sicherheit durch Rüstungsabstinenz“ umreißen lassen. Wesentliche Probleme, die aus der Sicht dieser drei Denkschulen analysiert werden, sind die Frage des Rüstungsgleichgewichts im Sinne einer militärischen Parität, das Gleichgewicht als Ausgewogenheit militärischer Optionen sowie die regionale militärische Ausgewogenheit. Ausführlich werden die Positionen der Kritiker des westlichen Abschreckungssystems in Einzelfragen (z. B. Bewertung einzelner Waffensysteme) sowie zu Ansätzen zukünftiger Rüstungskontrolle dargelegt.

Ernst-Otto Czempiel: Risikofreie Induktion als Friedensstrategie. Anmerkungen zu Daniel Frei, Friedenssicherung durch Gewaltverzicht?, in: B 15—16/83

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35/83, S. 36—38